



Die Revolutionäre: Der Formierungsprozess der Linksradikalen (Österreich im Epochenjahr 1917, Teil 4)

HANS HAUTMANN

Als 1917 die große innenpolitische Wende eintrat, gab es in Österreich nur eine einzige Gruppe, die bestrebt war, die Krise mit dem Ziel eines revolutionären Kampfes der Arbeitermassen zum Sturz der alten Herrschaft auszunützen: die kleine, aber aktive Organisation der Linksradikalen.

Ihr Haupthindernis bestand darin, dass vor 1914 innerhalb des Spektrums der österreichischen sozialdemokratischen Bewegung keine ausgeprägte Linksströmung vorhanden war. Im Gegensatz zu Russland, wo die Bolschewiki als eigenständige Partei seit 1903 bestanden und in jahrelangen, scharfen Auseinandersetzungen mit den verschiedensten antirevolutionären Richtungen, im harten Kampf gegen den Zarismus und im Feuer der Revolution von 1905 so reiche Erfahrungen gesammelt hatten, dass sie schließlich imstande waren, die kapitalistische Ordnung aus den Angeln zu heben, und im Unterschied zu Deutschland, wo sich bereits vor dem ersten Weltkrieg ein marxistischer Flügel herausgebildet hatte, der in Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring und anderen noch dazu Persönlichkeiten besaß, die den Massen bekannt waren und hohes Ansehen genossen, existierte in Österreich etwas Vergleichbares nicht. Der Weg, den die Linksradikalen in den Jahren des Weltkriegs zurücklegen mussten, war daher mühsam und mit enormen Hindernissen verbunden.

Anfänge

Die einzige lokale Organisation der österreichischen Sozialdemokratie vor 1914, die mit einem gewissen Recht als Vorläuferin der linksradikalen Bewegung bezeichnet werden kann, wirkte in der nordböhmischen Stadt Reichenberg (Liberec). Der Führer der „Reichenberger Linken“ war Karl Kreibich, später Mitbegründer und langjähriger hoher Funktionär der Kommunistischen Partei der

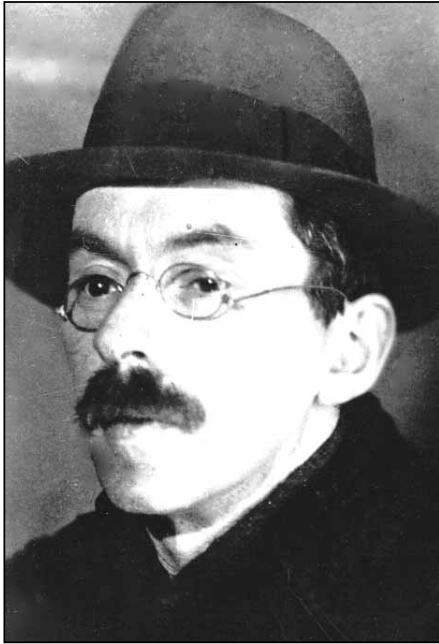
Tschechoslowakei. Die „Reichenberger Linke“ hatte, begünstigt durch die geographische Nähe, Beziehungen zum linken Flügel der SPD, zu Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, unterhalten und Ende Juli 1914 in ihrem Organ *Vorwärts* einen energischen Protest gegen das Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien veröffentlicht. Aufgrund dieses Artikels wurde der *Vorwärts*, in Deutschböhmen das einzige sozialdemokratische Tagblatt, am 28. Juli 1914 behördlich verboten.¹ Die „Reichenberger Linke“ war für die Bewegung in Österreich insofern von Bedeutung, als zwei ihrer Anhänger, das Ehepaar Josef und Isa Strasser, während des Krieges nach Wien übersiedelten, dem Verein „Karl Marx“ beitraten und den Linksradikalen nahe standen. Josef Strasser, dessen Schriften zur Nationalitätenfrage von Lenin hoch eingeschätzt wurden², vollzog allerdings erst Anfang 1919 den Bruch mit der Sozialdemokratie, als er der KPÖ beitrug.³

Der eigentliche Ausgangspunkt der Gruppe der Linksradikalen war die sozialdemokratische *Jugendorganisation*, insbesondere die Wiener Ortsgruppen Leopoldstadt und Ottakring des *Verbandes jugendlicher Arbeiter*. Einzelne Mitglieder der beiden Ortsgruppen begannen schon im September 1914 mit illegaler Propaganda. Sie gaben ein hektographiertes Flugblatt in Form eines Gedichts heraus: „Gegen die chauvinistische Hetze der Arbeiter-Zeitung“.⁴ Auch die Erklärung Karl Liebknechts, der am 2. Dezember 1914 im deutschen Reichstag als einziges Mitglied der SPD-Fraktion gegen die Kriegskredite gestimmt hatte, wurde als Flugblatt verbreitet.⁵ In geheimen Zirkeln studierten oppositionelle Jugendliche die von der Gruppe *Internationale* in Deutschland (Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Wilhelm Pieck u.a.) formulierten Leitsätze. Anhänger der linksradikalen Richtung waren in der Ortsgruppe Leopoldstadt

Otto Pfeffer und Max Lazarowitsch, in Ottakring die beiden Bildungsbeiräte Anna Strömer und Franz Koritschoner, und in Favoriten Leopold Kulcsar, Berta Pözl, Wilhelm Weigant und Leo Rothziegel.⁶ Die beiden führenden Persönlichkeiten dieses Kreises waren Franz Koritschoner⁷ und Leo Rothziegel.⁸

Die linksradikale Bewegung war 1914/15 noch sehr klein und zur Gänze auf Wien beschränkt. Politisch gesehen repräsentierte sie den äußersten linken Flügel der Sozialdemokratischen Partei, ähnlich wie Karl Liebknecht und seine Kampfgefährten in Deutschland. Sie erfüllte vorerst, ebenso wie die um Friedrich Adler gescharte „Linke“, die Funktion einer innerparteilichen Opposition und kritisierte den Sozialpatriotismus der Parteimehrheit, ohne aber selbst klare Vorstellungen von der einzuschlagenden Strategie und Taktik zur Erreichung ihrer Ziele zu haben. Der Prozess der Differenzierung vom zentristischen Gedankengut der „Linken“ um Friedrich Adler, Robert Danneberg, Max Adler, Therese Schlesinger, Gabriele Proft u.a. hatte noch nicht eingesetzt, was der Umstand beweist, dass die Linksradikalen bis zum Sommer 1916 die von der Sozialdemokratie vertretene These der „national-kulturellen Autonomie“ für die Völker des Habsburgerreiches teilten und sie erst nach einer scharfen Rüge Lenins fallen ließen.⁹

In einer anderen Frage waren aber unter dem Einfluss der Zimmerwalder Konferenz (September 1915) bereits Ansätze zu einer Trennung vom Zentrismus zu erkennen. Im Unterschied zu den „Linken“ begannen die Linksradikalen als erste und einzige sozialistische Gruppierung, *illegale* Formen des politischen Wirkens in die Praxis umzusetzen. Im Winter 1915/16 gründete sich ein geheimes *Aktionskomitee der Linksradikalen*, dem Franz Koritschoner, Anna Strömer, Max Lazarowitsch, Karl Maurer sowie die beiden russischen Emigranten Leo



Franz Koritschoner (1892–1941)

Pjatigorski und Matthäus Kasarnowski angehörten.¹⁰ Als Friedrich Adler im März 1916 den Bildungsverein „Karl Marx“ als Organisationszentrum der Parteilinken reaktivierte, trat ihm das „Aktionskomitee“ bei und verband auf diese Weise legale mit illegaler Arbeit. In kurzer Zeit gelang es, die Zahl linksradikaler Anhänger im Verein „Karl Marx“ von 10 auf 22 Personen zu erhöhen.¹¹

Verbindung zu Lenin

Einen starken Impuls für die Entwicklung der Linksradikalen gab die Konferenz von Kienthal im April 1916. Das *Aktionskomitee* entsandte Franz Koritschoner als Delegierten in die Schweiz, wo er mit Lenin Kontakt aufnahm. Karl Radek vermittelte in Kienthal Koritschoner die Fühlungnahme zur Gruppe der Bremer Linksradikalen unter Johann Knief. Von dort bekam die Opposition in Österreich in der Folgezeit die Bremer *Arbeiterpolitik* zugesandt, die Ende 1916 von immerhin schon 220 Abonnenten bezogen wurde.¹²

Die Verbindung Koritschoners mit Lenin blieb auch nach Kienthal aufrecht. Schon im Jänner 1916 hatte das Organ der Zimmerwalder Linken, der *Vorbote*, den Artikel Koritschoners „Opportunistische und radikale Tendenzen in der Sozialdemokratie Österreichs“ veröffentlicht.¹³ Im Sommer 1916 verfasste Koritschoner über Ersuchen Lenins den Artikel „Aus dem Leben der österreichischen Sozialdemokratie“, der in der Zeitschrift *Sbornik Sozialdemokrata* in Genf erschien und von Lenin als „sehr gut und kurz“ gelobt wurde.¹⁴

Am 14. Oktober 1916 schrieb Lenin in einem Brief an Bucharin über Franz Ko-

ritschoner: „Sehr gefreut habe ich mich auch über die Bekanntschaft mit Franz: mit ihm ist offensichtlich im Sinne bolschewistischer Propaganda ernsthaft gearbeitet worden; hier haben Sie wahrscheinlich ein großes Verdienst. Dieser Mensch bemüht sich, in die Sache einzudringen, und erweckt große Hoffnungen.“¹⁵

Im Verein „Karl Marx“

Das Hauptfeld der Tätigkeit der Linksradikalen im Jahr 1916 war der Bildungsverein „Karl Marx“. Hier suchten sie Friedrich Adler und seine Anhänger, die sich nicht entschließen konnten, über den Rahmen des Vereins hinaus einen ernsthaften, organisierten Kampf gegen die rechte Parteimehrheit zu führen, zu illegalen Formen der Agitation zu bewegen. Im September 1916 brachte Franz Koritschoner Vorschläge über die Plattform einer anzustrebenden Vereinigung aller oppositionellen Sozialdemokraten Wiens und Wiener Neustadts ein.¹⁶ Danach sollten *legale* Zirkel zur Verbreitung theoretischen Wissens unter den Arbeitern geschaffen, erlaubte oppositionelle Literatur verbreitet und eine eigene Zeitschrift gegründet werden; illegal sollten Flugblätter und Broschüren herausgegeben und die Manifeste der Zimmerwalder und Kienthaler Konferenz verbreitet werden; die Mitglieder sollten verpflichtet sein, gegen die Politik des Parteivorstandes in allen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen aufzutreten und an allen Massenbewegungen teilzunehmen, um ihre Ausbreitung zu fördern und sie für einen zielstrebigem Klassenkampf auszunutzen.¹⁷

Für die 3. Reichskonferenz der Sozialdemokratie im November 1916 hatten die Linksradikalen einen Vierpunkteantrag mit folgendem Inhalt vorbereitet: 1. Verweigerung der Kriegskredite; 2. Ablehnung jeder Arbeitsgemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien und jeglichen „ministeriellen Experiments“; 3. Eintritt in alle Volksbewegungen, um sie für den Kampf des Proletariats nutzbar zu machen, und Benützung des Krieges zur Aufrüttelung der proletarischen Massen zum Sturz des kapitalistischen Systems; 4. Abbruch aller Beziehungen zu den sozialpatriotischen Parteien der ehemaligen II. Internationale und Beitritt zu dem in Zimmerwald gebildeten Internationalen Büro der Linken.¹⁸

Diese Pläne und Vorschläge der Linksradikalen wurden durch das Attentat Friedrich Adlers und den Abbruch der Beziehungen, der von den Zentristen ausging, hinfällig.

Der zweite Boden der Linksradikalen war der *Verband jugendlicher Arbeiter*. Hier wirkte für ihre politische Tätigkeit begünstigend, dass das zu Beginn des Krieges in die Schweiz verlegte Büro der sozialistischen Jugendinternationale unter Leitung Willi Münzenbergs einen überaus aktiven Kampf gegen die rechten Mehrheitsparteien führte. Das internationale Sekretariat in Zürich sandte an die oppositionellen Gruppen aller sozialdemokratischen Parteien eine Flut illegaler Flugblätter, Aufrufe und Broschüren sowie seine Zeitschrift *Jugend-Internationale*, zu deren Mitarbeitern auch Lenin und Karl Liebknecht gehörten.¹⁹

Die Linksradikalen und das Attentat Friedrich Adlers

Der Wendepunkt für die linksradikale Bewegung kam Ende 1916 im Gefolge des Attentats Friedrich Adlers. Franz Koritschoner berichtete später, dass sich die Linksradikalen aus Empörung über die offizielle Stellungnahme des Parteivorstandes mit Friedrich Adlers Aktion anfänglich voll und ganz solidarisierten.²⁰ Erst ein Brief, den Lenin am 25. Oktober 1916 an Franz Koritschoner sandte, brachte Klärung. Darin charakterisierte der Führer der russischen Bolschewiki trotz Fehlens näherer Informationen zutreffend Adlers Motive für die Tat und gab den Linksradikalen wichtige Ratschläge für ihre künftige Arbeit. Lenin nannte das Attentat die „Verzweiflungstat eines Kautskyaners“, der „sich nicht mit der Idee der Spaltung versöhnen“ konnte und „die schwere Arbeit der Tätigkeit gegen die Partei“ nicht auf sich nehmen wollte: „Wir aber, die Revolutionäre, wir dürfen nicht verzweifeln. Wir fürchten nicht die Spaltung. Im Gegenteil: wir erkennen die Notwendigkeit der Spaltung, wir erklären den Massen, warum Spaltung kommen muss und soll, wir rufen zur Arbeit gegen die alte Partei: zum revolutionären Massenkampf.“²¹

Zur Frage des individuellen Terrors aus marxistischer Sicht schrieb Lenin: „Was die politische Beurteilung der Tat betrifft, so bleiben wir natürlich bei unserer alten, durch jahrzehntelange Erfahrungen bestätigten Überzeugung, dass individuelle terroristische Attentate *unzweckmäßige* Mittel des politischen Kampfes sind.“

„Killing is no murder“, schrieb unsere alte ‚Iskra‘ über Attentate, wir sind *gar nicht gegen* politischen Mord²² (es ist einfach niederträchtig, was die Opportunisten, *Vorwärts*²³ und Wiener *Arbeiter-Zeitung* in diesem Sinne Lakaienhaftes

schreiben), aber als revolutionäre Taktik sind individuelle Attentate unzumutbar und schädlich. Nur Massenbewegung kann als wirklicher politischer Kampf angesehen werden (...) Es wäre sehr gut, wenn sich irgendeine linke Gruppe findet, die ein Flugblatt in Wien publiziert und darin den Arbeitern ihre Ansicht mitteilt: in schärfster Weise das Lakaien-tum der Wiener *Arbeiter-Zeitung* und des *Vorwärts* geißelt, Adlers Tat moralisch rechtfertigt („killing is no murder“), aber als *Lehre* für die Arbeiter sagt: kein Terrorismus, aber systematische, aufopfernde Arbeit der revolutionären Propaganda und Agitation, Demonstrationen usw. usw. *gegen* die lakaien-hafte opportunistische Partei, *gegen* die Imperialisten, *gegen* die eigenen Regierungen, *gegen* den Krieg – das ist nötig.“²⁴

Die kaiserliche Regierung nahm das Attentat Friedrich Adlers zum Anlass, den Bildungsverein „Karl Marx“ aufzulösen und Hausdurchsuchungen bei seinen Mitgliedern durchzuführen. Versuche der Linksradi-kalen, gemeinsam mit den übrig gebliebenen sozialdemokratischen Linken ein neues legales Zentrum zu schaffen, stießen auf Ablehnung. Das beschleunigte den Prozess der Emanzipation von der Strömung des Zentrismus, denn die Linksradi-kalen mussten nun ihre Politik der Verbindung von legaler mit illegaler Arbeit in eigenen Organisationen fortsetzen.

Zu diesem Zweck reaktivierte man Ende 1916 den ehemaligen *Verein sozialistischer Handelsakademiker* als legalen wissenschaftlichen Verein *Bildung*.²⁵ Im Dezember 1916 gründete sich ein „Aktionskomitee der linksradikalen Arbeiterjugend“, das seinen legal getarnten Sitz im Vereinslokal der *Freien Vereinigung sozialistischer Studenten* in Wien-Neubau hatte.²⁶ Ebenfalls Ende 1916 gelang es den Linksradi-kalen, ihre erste Demonstration zu initiieren. Favoritner Arbeiterfrauen zogen vor das Wiener Rathaus und forderten Frieden und Brot. Diese Demonstration wurde von der bürgerlichen Presse in eine „Huldigungskundgebung“ für den christlichsozialen Bürgermeister Weiskirchner umgefälscht.²⁷

Die Wende und ihre Folgen

Die innere Krise des Habsburgerreiches, die die Regierung und die Sozialdemokratie zu einer Änderung ihres Kurses zwang, ermutigte die Linksradi-kalen zu entschiedenerem Auftreten. Erstmals musste die Sozialdemokratische Partei mit einer gewissen Beunruhigung das Vorhandensein revolutionärer Tendenzen

unter ihren Mitgliedern registrieren. Am 3. Jänner 1917 kam es bei einer Friedens-versammlung in Hernals zu einem Zwischenfall, als Franz Koritschoner mit zwölf jungen Anhängern die Ausführungen des Parteireferenten Karl Volkert durch Zwischenrufe unterbrach und in einer Wortmeldung die Haltung des Parteivorstandes scharf kritisierte. Volkert erregte das so sehr, dass er die Fassung verlor und zu schreien begann; einige seiner Genossen trugen den „unreifen Zimmerwaldern“ Ohrfeigen an.²⁸ Auch die *Arbeiter-Zeitung* reagierte sichtlich nervös, als sie in ihrem Bericht von der Versammlung Koritschoner als Störenfried namentlich nannte.²⁹ Als die Polizei den Führer der Linksradi-kalen dem k.k. Militär-anwalt anzeigte und gegen ihn die Untersuchung nach § 327 Militärstrafgesetz („Handlung gegen die Kriegsmacht des Staates“) eingeleitet wurde, behaupteten die Kommunisten später, dass dies aufgrund der Denunziation in der „Arbeiter-Zeitung“ erfolgt wäre. Aus den Akten ist jedoch ersichtlich, dass bereits unmittelbar nach Schluss der Versammlung der beobachtende Polizeibeamte den Namen des Zwischenrufers in Erfahrung bringen konnte.³⁰ Koritschoner gelang es beim Verhör, den Vorwurf „aufrührerischen“ Wirkens zu zerstreuen und einer Militär-gerichtsverhandlung zu entgehen.³¹

Die Linksradi-kalen konnten also Ende 1916 auf dem Weg der Herausbildung einer politisch eigenständigen Organisation, die den Sozialpatriotismus und Zentrismus gleichermaßen bekämpfte, erste Erfolge erzielen. Der nächste notwendige Schritt, die Aufnahme von Verbindungen zur Arbeiterschaft in den Betrieben, sollte aber erst 1917 gelingen.

Revolutionärer Aufschwung

Die durch den Hungerwinter 1916/17 hervorgerufene Streikwelle der ArbeiterInnen und die Nachricht von der russischen Revolution des März 1917 gaben den Linksradi-kalen weiteren Auftrieb. Am schnellsten wuchsen die revolutionären Tendenzen in den Wiener Ortsgruppen des *Verbandes jugendlicher Arbeiter* (VJA), wo es der linksradikalen Richtung im Frühjahr 1917 sogar gelang, vorübergehend die Mehrheit zu erobern. Auf der Wiener Kreiskonferenz des VJA am 22. April 1917 wurde mit fast Zweidrittelmehrheit (76:38) eine von den Linksradi-kalen eingebrachte Resolution angenommen, in der „denjenigen Genossen, die den Krieg moralisch stützen, die mit den Feindes des Proletariats Burgfrieden geschlossen haben“³², der Kampf



Anna Strömer-Hornik (1890–1966)

angesagt wurde. Auch bei der Neuwahl des Wiener Kreisausschusses des VJA erreichten die Linksradi-kalen mit acht Vertretern eine knappe Majorität.³³

Der parteitreue gesamtösterreichische Verbandsvorstand unter Karl Honay trat sofort gegen diese gefährliche Entwicklung auf und lehnte es ab, die Beschlüsse der Wiener Kreiskonferenz den anderen Organisationen zur Kenntnis zu bringen. Nach einigen administrativen Winkelzügen konnten diese Kräfte am 5. August 1917 bei einer erneuten Wiener Kreiskonferenz für ihre Linie eine Mehrheit von einer Stimme erzielen. Damit war der Wiener VJA wieder in der Hand der Partei; die acht linksradikalen Vertreter der Wiener Leitung mussten zurücktreten, wobei sie ankündigten, dass sie „unter Ablehnung aller Kompromissvorschläge den Kampf gegen den Verbandsvorstand *in den Gruppen selbst*“ aufnehmen würden.³⁴

Daraufhin erfolgten disziplinarische Sanktionen. Im Oktober 1917 wurde Franz Koritschoner aus seiner Funktion als Bildungsbeirat der Ortsgruppe Ottakring nach einer Kampfabstimmung entfernt; die Ortsgruppe Leopoldstadt unter Otto Pfeffer erklärte Honay für ausgeschlossen; die Ortsgruppe Favoriten trat aus Protest gegen diese Maßnahmen von selbst aus dem VJA aus.³⁵

Die ausgeschlossenen linksradikalen Jugendgruppen setzten ihre Tätigkeit fort und gründeten Anfang Dezember 1917 den *Verein der arbeitenden Jugend Wiens*, der legal über die Vereine *Bildung* und die *Freie Vereinigung sozialistischer Studenten* wirkte.³⁶

Die verstärkte Aktivität der Linksradi-kalen im Frühjahr 1917 fand auch außerhalb der Parteioorganisationen ihren Nie-

derschlag. Anlässlich des Prozesses gegen Friedrich Adler demonstrierten vor dem Gerichtsgebäude 200 ihrer Anhänger; im Verhandlungssaal riefen nach der Urteilsverkündung linksradikale Jugendliche „Hoch Adler!“ und „Hoch die Revolution!“ Die Polizei nahm vier Personen fest.³⁷ In einem Flugblatt, das nach Beendigung des Prozesses in Wien verbreitet wurde, richteten die Linksradikalen an die ArbeiterInnen den Appell, für die Befreiung Friedrich Adlers einzutreten und „seinen Kampf gegen den Verrat der Parteimehrheit“ fortzusetzen.³⁸

Im Teil 1 dieser Artikelserie wurde bereits geschildert, dass sich die Linksradikalen auch während des großen Wiener Metallarbeiterstreiks Ende Mai 1917 aktiv einschalteten und vor dem Arsenal Flugblätter verteilten. Darin riefen sie die Streikenden auf, den sofortigen Beginn von Friedensverhandlungen zu fordern. An einer Stelle hieß es: „Lernet Russisch, lernet von Petersburg!“

Die Konferenz von St. Egyden

Eine qualitativ neue Stufe ihrer Entwicklung erreichte die linksradikale Bewegung im Sommer 1917. Es gelang ihr, in Großbetrieben, vor allem in den Rüstungs- und Munitionsfabriken des Wiener Beckens, Fuß zu fassen. Einige Vertrauensmänner der Arbeiter, die mit der Politik der Sozialdemokratie unzufrieden waren, nahmen von sich aus Kontakt zu den Linksradikalen auf (z.B. Eduard Schönfeld). Insbesondere ein Ereignis jener Sommermonate war es, das das Wiener-Neustädter Industriegebiet in der Folgezeit zu einem starken Zentrum der Linksradikalen machte: das Explosionsunglück in den Munitionsmagazinen in Großmittel-Blumau im Steinfeld am 17. Juni 1917, bei dem viele Arbeiterinnen und Arbeiter ums Leben kamen und dessen nähere Umstände von den Militärbehörden vertuscht wurden. Als kurz danach in Wöllersdorf ein Streik der Elektriker des Werkes ausbrach, wurde erstmals ein Vertreter der Linksradikalen dem Streikkomitee beigezogen. Der Ausstand endete mit einem vollen Erfolg der Arbeiter.³⁹

Um den geänderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und die erfolversprechenden, aber vorerst noch sporadischen Verbindungen zur Industriearbeiterschaft auf eine feste Grundlage zu stellen, berief das Aktionskomitee der Linksradikalen eine geheime Konferenz ihrer Anhänger ein. Sie fand am 9. September 1917 in St. Egyden im Föhrenwald statt, einer kleinen Station der Südbahn im Steinfeld zwischen Wiener Neustadt und Neunkirchen.



Das Gebäude der Konferenz von St. Egyden im Föhrenwald.

Es erschienen 35 Delegierte, darunter die Arbeiter Urbanek, Buchleitner und Wandera aus den Daimler-Motorenwerken in Wiener Neustadt, Zehnder, Tschocher und Richter aus den Schoeller-Werken in Ternitz, Wedam als Vertreter der Wöllersdorfer Munitionsfabrik sowie aus Wien Delegierte der Flugzeugfabrik Warchalowski in Ottakring, von Goerz aus Favoriten und von der Glühlampenfabrik Kremenezky aus der Brigittenau.⁴⁰ Neben Franz Koritschner, Anna Strömer und anderen waren die linksradikalen Jugendlichen und Studenten ebenfalls durch Delegierte vertreten. Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde der Sekretär der Bezirkskrankenkasse von Wiener Neustadt und Umgebung, Eduard Schönfeld, ein energischer, bei den ArbeiterInnen bekannter und angesehener Funktionär, gewählt.

In St. Egyden bildeten sowohl die von Lenin konzipierte Resolution von Kienthal als auch die Plattform der Zimmerwalder Linken die Diskussionsgrundlage. Alle Teilnehmer stellten sich vorbehaltlos auf den Boden dieser Beschlüsse und verpflichteten sich, für sie unter der Arbeiterschaft zu wirken. Neben grundsätzlichen Fragen der allgemeinen Orientierung wurde auch die Lage im Wiener-Neustädter Gebiet besprochen und die Notwendigkeit der Verstärkung der Verbindungen mit den Betrieben hervorgehoben. Im Mittelpunkt der Konferenz stand die Erörterung der Möglichkeiten und Erfolgsaussichten eines politischen Generalstreiks. Es wurde beschlossen, dafür eine intensive Vorarbeit zu leisten und mit der systematischen Agitation für außerparlamentarische Massenaktionen einzusetzen. Zu diesem Zweck wurde die Bremer *Arbeiterpolitik* in den Industriebezirken Wiener Neustadt und Neunkirchen illegal verbreitet. Zuletzt wählte die Konferenz eine siebenköpfige Leitung.⁴¹

Die Kräftekonzentration von St. Egyden ermöglichte den Linksradikalen die Anknüpfung von Verbindungen zu einer

Reihe weiterer Großbetriebe. Im Herbst 1917 traten Arbeitervertrauensmänner des Traisentals (Eisenwerk St. Aegyden, Feilenfabrik Hohenberg, Stahlgießerei Traisen, Firma Neumann in Markt) dem Aktionskomitee bei. Auch im Wiener Arsenal und in den Floridsdorfer Fiat-Werken schlossen sich Arbeiter den Linksradikalen an.⁴²

Das Jahr 1917 mit seinem Einsetzen einer revolutionären Krise formte also die Linksradikalen, eine Gruppe, die bis dahin über die Schwelle des internen Organisationsgefüges der Sozialdemokratischen Partei noch nicht hinausgekommen war, zu einer politisch autonomen Organisation um, welche die Sozialdemokratie nun auch schon von außen, als *selbstständige* Kraft mit einem revolutionären Programm, bekämpfte.

Am Vorabend des Jännerstreiks

Die Nachricht vom Sieg der Oktoberrevolution in Russland gab der linksradikalen Bewegung den bis dahin mächtigsten Ansporn. Im November und Dezember 1917 traf sie Maßnahmen, deren Ziel die Verbreiterung der Anhängerbasis war. In Wien hatten schon seit einiger Zeit kleine linke Splittergruppen existiert, die teilweise von den Linksradikalen unabhängig tätig gewesen waren. Die russische Oktoberrevolution bewirkte, dass die Meinungsverschiedenheiten, die es zwischen den Anhängern Koritschners und den Führern dieser Splittergruppen gab, in den Hintergrund traten und damit der Weg für die Vereinigung in einer einzigen Organisation frei wurde.

Es waren drei Gruppen, die sich Ende 1917 den Linksradikalen anschlossen: die Syndikalisten unter Leo Rothziegel, die Gruppe um Arnold Baral, die zum Anarchismus tendiert hatte, und eine radikale Fraktion der jüdischen sozialistischen Arbeiterpartei *Poale Zion* unter Michael Kohn-Eber.⁴³ Weiteren Zuwachs erhielten die Linksradikalen durch oppositionelle Mitglieder der sozialdemokratischen Mittelschülerorganisation, die in das illegale Kommunikationssystem eingegliedert wurden und aus Tarngründen die Verteilung von Flugblättern sowie Kurierdienste übertragen bekamen. Zu ihnen zählten Richard Schüller, Paul Lazarsfeld, Ernst Papanek, Leopold Grünwald und Ludwig Wagner.⁴⁴

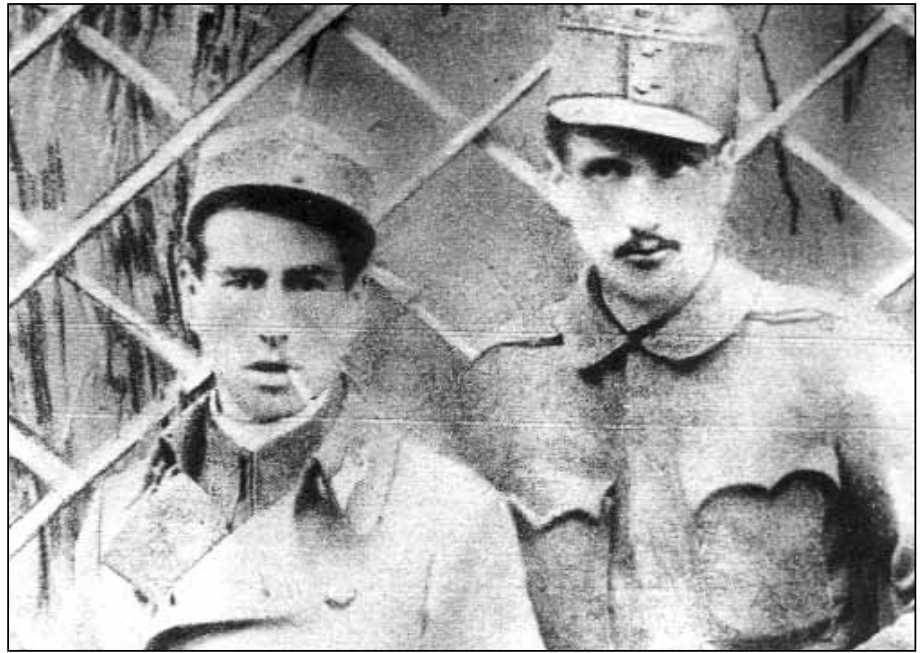
Die hervorragendste Persönlichkeit dieser Splittergruppen war Leo Rothziegel, ein 1892 in Wien geborener Schriftsetzer. Rothziegel hatte schon seit Kriegsbeginn Kontakt zu den Linksradikalen gehabt und in Versammlungen des

Vereins „Karl Marx“ sowie in der Ortsgruppe Favoriten der VJA im Sinne der Bekämpfung des Burgfriedens gewirkt. Im Mai 1917 war es Rothziegel gewesen, der die Flugblätter der Linksradi-kalen anlässlich des Adler-Prozesses und des Metallarbeiterstreiks hergestellt hatte. Da er in der Hilfsdienstkompanie des Infanterieregiments Nr. 49 in Wien eingerückt war, machte er wegen seiner revolutionären Aktivitäten mehrmals mit dem Garnisonsarrest Bekanntschaft. Im Dezember 1917 freigelassen, beschloss Rothziegel, in den Untergrund zu gehen. Er beschaffte sich falsche Papiere, desertierte von seiner Einheit und widmete sich ganz den Vorbereitungen der Linksradi-kalen für die geplante große Streikaktion.⁴⁵

Am 30. Dezember 1917 schließlich bildeten die nun vereinten revolutionären Gruppen ein illegales Komitee, das sich „Arbeiterrat“ nannte und das von Koritschoner und Rothziegel geleitet wurde.⁴⁶ Rothziegel, der als Soldat Kontakte zu radikal gesinnten Militärangehörigen geknüpft hatte, gelang es, den Zugführer Johannes Wertheim, den Korporal Haller, den Leutnant Fränkel und den Oberleutnant Egon Erwin Kisch beizuziehen. Das illegale Komitee erweiterte sich so zu einem „Arbeiter- und Soldatenrat“. Egon Erwin Kisch, der seit 1917 zum Kriegspresssequartier in Wien abkommandiert war, beschrieb in einem Manuskript aus dem Nachlass, das 1985 veröffentlicht wurde, wie er sich an den Aktivitäten des „Arbeiter- und Soldatenrats“ beteiligte und im Untergrund politische Arbeit leistete.⁴⁷

Franz Koritschoner äußerte sich über die Tätigkeit des „Arbeiter- und Soldatenrats“: „In allen Werkstätten begann unsere Agitation für den Massenstreik, in allen Kasernen unsere Werbearbeit. Schaffung von Arbeiterräten, Entsendung von Arbeiterräten als Friedenskommission, sofortiger Frieden mit Sowjetrußland, Waffenstillstand an allen Fronten, das waren die Forderungen, welche wir erhoben.“⁴⁸

Anna Hornik berichtet, dass sich die im „Arbeiter- und Soldatenrat“ vereinten Gruppen entschlossen hatten, Ende Jänner 1918 den großen Streik in ihren Hochburgen Wiener Neustadt, Neunkirchen und Ternitz auszulösen.⁴⁹ Der vorgesehene Termin wurde aber durch die sich überstürzenden Ereignisse in den ersten Tagen des Jahres 1918 hinfällig. Die dramatische Zuspitzung der Brester Friedensverhandlungen und die umherschwirrenden Gerüchte von einer bevorstehenden Kürzung der Mehrlohnung, die



Leo Rothziegel (1892–1919) – rechts – und Egon Erwin Kisch (1885–1948) als Rotgardisten im November 1918.

am 10. Jänner 1918 in einer Meldung der *Arbeiter-Zeitung* ihre helle Empörung auslösende Bestätigung fanden, veranlasste die linksradi-kalen Arbeitervertrauensmänner von Wiener Neustadt und Ternitz, sich für einen früheren Streikbeginn bereit zu halten.⁵⁰ Die Leitung des „Arbeiter- und Soldatenrats“ in Wien beschloss, sofort ein Flugblatt herauszugeben, das die Vereinheitlichung des zu erwartenden Streikausbruchs ermöglichen sollte. Es wurde von Franz Koritschoner und Leo Rothziegel verfasst. Rothziegel stellte es selbst in einer kleinen Druckerei in Wien-Leopoldstadt in den Nachtstunden her, wo ihm der ahnungslose Besitzer für ein Entgelt von 150 Kronen seine Maschinen überlassen hatte.⁵¹ In der Nacht vom 12. zum 13. Jänner 1918 fand die Polizei den Aufruf „Arbeitendes Volk!“, inhaltlich ein Musterbeispiel eines revolutionären Flugblatts, in mehreren Wiener Bezirken an Hausmauern und Geschäftsläden aufgeklebt.⁵² In den Tagen danach verbreitete man es auch in den niederösterreichischen Industriegebieten. Sein aufrüttelnder Effekt war groß, und die revolutionäre Massenaktion des Jännerstreiks wurde Wirklichkeit.

Fazit

Die Geschichte der linksradi-kalen Bewegung in Österreich ist ein Beispiel dafür, dass es auch kleinen Gruppen gelingen kann, eine Massenwirksamkeit zu entfalten. Nicht die Zahl ihrer Anhänger war ausschlaggebend, sondern die Konsequenz, mit der die Linksradi-kalen schon zu einer Zeit, als das Aufbrechen von Klassenkämpfen noch ein unerreich-

bar fernes Ziel schien, im Sinne der praktischen Umsetzung der Prinzipien des revolutionären Marxismus wirkten.

Gewiss waren für die Radikalisierung der österreichischen Arbeiterklasse seit Frühjahr 1917 in erster Linie ökonomische und soziale Ursachen verantwortlich. Politische und emotionelle Motive wie Enttäuschung über die Haltung der Partei- und Gewerkschaftsführung sowie Begeisterung für das revolutionäre Russland waren unter der Masse der IndustriearbeiterInnen ebenfalls tief verwurzelt, sie fanden aber in Form zielklarer revolutionärer Schlussfolgerungen nur bei einer Minderheit, nur im klassenbewusstesten Teil des österreichischen Proletariats, Eingang. Das ermöglicht zu haben, war allerdings *ausschließlich* das Verdienst der Linksradi-kalen und Ergebnis ihres Loslösungsprozesses vom reformistischen und zentristischen Ideengut. Ohne ihre unermüdliche Propaganda wäre es sicherlich nicht zur Umwandlung des am 14. Jänner 1918 in Wiener Neustadt ausgebrochenen Ausstandes in einen so lawinenartig anschwellenden Massenstreik mit ausgeprägt politischem Charakter gekommen.

Zugleich zeigte aber die große Aktion des Jänner 1918, dass die Linksradi-kalen zwar stark genug waren, um über ihre Verbindungsleute in den Betrieben bei der Auslösung des Streiks eine entscheidende Rolle zu spielen, sie aber zahlenmäßig zu schwach und politisch zu wenig geschult und erfahren waren, um den Jännerausstand zu leiten und zum Sieg – der in der damaligen konkreten Situation nur durch den Sturz der Regierung,

durch die Überzeugung der Masse der Arbeiterklasse von der Notwendigkeit einer revolutionären Umwälzung zu erreichen war – führen zu können.

Einerlei, eines steht nach den Erfahrungen des Wirkens der Linksradi-kalen fest: Die kommunistische Bewegung ist eine, die sich mit den *arbeitenden* Menschen verbindet und deren Interessen verfehlt, oder sie ist nichts.

Anmerkungen:

1/ Joachim Böhm, Die österreichische Sozialdemokratie (SDAPÖ) im 1. Weltkrieg, ungedruckte Dissertation, Halle-Wittenberg 1964, S. 101.

2/ Josef Strasser, Der Arbeiter und die Nation, 2. vermehrte Auflage, Reichenberg 1912. Lenin schrieb im Februar 1913 an Maxim Gorki: „Es gibt zwei gute sozialdemokratische Broschüren zur nationalen Frage: von Strasser und von Pannekoek.“ Siehe: W.I. Lenin, Briefe, Band III, November 1910–Juli 1914, Berlin 1967, S. 166.

3/ Isa Strasser, Land ohne Schlaf, Wien–Frankfurt/M.–Zürich 1970, S. 8f.

4/ Herbert Steiner, Die arbeitende Jugend und ihre Organisation. Aus den Anfängen bis zur Gründung der 1. Republik, ungedrucktes Manuskript, S. 79 (im Besitz des Verfassers).

5/ Richard Schüller, Geschichte der kommunistischen Jugendinternationale, Band 1: Von den Anfängen der proletarischen Jugendbewegung bis zur Gründung der kommunistischen Jugendinternationale, Berlin 1931, S. 165.

6/ Wolfgang Neugebauer, Bauvolk der kommenden Welt. Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung in Österreich, Wien 1975, S. 97.

7/ Über ihn siehe: Herbert Steiner, Franz Koritschoner, in: G. Botz/H. Hautmann/H. Konrad/J. Weidenholzer (Hrsg.), Bewegung und Klasse. Studien zur österreichischen Arbeitergeschichte, Wien–München–Zürich 1978, S. 159ff. Franz Koritschoner, geboren 1892 in wohlhabenden Verhältnissen in Wien (sein Großvater gehörte zu den Mitbegründern der Länderbank), war ein Neffe des bekannten Austromarxisten Rudolf Hilferding. Von Beruf Bankbeamter, leitete er vor 1914 die Länderbankfiliale am Nepomuk-Berger-Platz in Wien-Ottakring. Er kündigte nach dem Kriegsausbruch diese Stelle und wurde Berufsrevolutionär. Ab 1919 gehörte Koritschoner zu den führenden Funktionären der KPÖ. Von 1929 an war er im Apparat der *Roten Gewerkschaftsinternationale (Profintern)* in Moskau tätig. 1936 wurde er verhaftet und bis 1941 in verschiedenen Lagern gefangen gehalten. Am 7. April 1941 schoben die Behörden der UdSSR am Grenzübergang Brest-Litowsk Koritschoner gemeinsam mit 14 anderen Personen nach Deutschland ab. Die Gestapo brachte ihn als Sonderhäftling nach Wien in ihre Zentrale auf dem Morzinplatz, dann in das Polizeigefängnis, später ins Landesgericht und zeitweise, aufgrund seines schlechten Gesundheitszu-

standes, in das Inquiritenspital. Am 3. Juni 1941 erfolgte seine Überstellung in das Konzentrationslager Auschwitz, wo man ihn am 9. Juni 1941 ermordete. Koritschoner wurde nach dem 20. Parteitag der KPdSU 1956 politisch rehabilitiert, juristisch durch Erkenntnis der Staatsanwaltschaft der UdSSR im Mai 1991. Siehe dazu: Barry McLoughlin/Hans Schafranek/Walter Szevera, Aufbruch – Hoffnung – Endstation. Österreicherinnen und Österreicher in der Sowjetunion 1925–1945, Wien 1997, S. 471–490.

8/ Über ihn siehe: Hans Hautmann, Leo Rothziegel (1892–1919). Das Leben eines österreichischen Revolutionärs, in: *Weg und Ziel*, Jg. 1978, Nr. 7/8, 9 und 10, Wien 1978.

9/ Franz Koritschoner, Lenin und Österreich, in: *Die Rote Fahne*, Wien, 21. Jänner 1925.

10/ Hans Hautmann, Die Anfänge der linksradi-kalen Bewegung und der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs 1916–1919 = Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft für Geschichte der Arbeiterbewegung in Österreich 7, Wien 1970, S. 5.

11/ J. Böhm, a.a.O., S. 119.

12/ H. Steiner, Franz Koritschoner, a.a.O., S. 166.

13/ Ebenda, S. 159.

14/ W.I. Lenin, Briefe, Band IV, August 1914–Oktober 1917, Berlin 1967, S. 288.

15/ Ebenda, S. 306f.

16/ Leopold Hornik, Die Zimmerwalder Linke und die Linksradi-kalen in Österreich, in: *Weg und Ziel*, Jg. 1955, Heft 9, S. 660.

17/ Hans Hautmann, Die verlorene Räterepublik. Am Beispiel der Kommunistischen Partei Deutschösterreichs, Wien–Frankfurt/M.–Zürich 1971, S. 228f.

18/ Hans Sündermann, Lebenserinnerungen, ungedrucktes Manuskript, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes Wien, Nr. 4351, S. 113.

19/ W. Neugebauer, a.a.O., S. 109f.

20/ Franz Koritschoner, Zur Geschichte der KPÖ, in: *Die Rote Fahne*, 4. November 1928.

21/ W. I. Lenin, Briefe, Band IV, a.a.O., S. 310f.

22/ Wer über diese Worte Lenins entsetzt ist, der sei an das Attentat auf Reinhard Heydrich erinnert. Wem würde es einfallen, ein solches „Killing“ prinzipiell zu verwerfen und sich darüber moralisch zu entrüsten? Die These von der Berechtigung des Tyrannenmordes gibt es seit zweitausendfünfhundert Jahren.

23/ Der *Vorwärts* war seit 1891 das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und im Ersten Weltkrieg Sprachrohr der sozialchauvinistischen Durchhalte- und Burgfriedenspolitik des Parteivorstandes unter Friedrich Ebert.

24/ W. I. Lenin, Briefe, Band IV, a.a.O., S. 309f. Hervorhebungen im Original. Siehe dazu auch: Leopold Hornik, Lenin und das Attentat Friedrich Adlers, in: *Weg und Ziel*, Jg. 1970, Sondernummer zum 100. Geburtstag Lenins, S. 22f.

25/ L. Hornik, Die Zimmerwalder Linke, a.a.O., S. 662.

26/ H. Steiner, Die arbeitende Jugend, a.a.O., S. 79f.

27/ L. Hornik, Die Zimmerwalder Linke, a.a.O., S. 660.

28/ Rudolf Neck (Hrsg.), Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914–1918, A. Quellen, I. Der Staat, Band 1 (1914–1917), Wien 1964, S. 201.

29/ *Arbeiter-Zeitung*, 6. Jänner 1917, S. 8.

30/ R. Neck, a.a.O., Band 1, S. 201.

31/ Rudolf Neck (Hrsg.), Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914–1918, A. Quellen, I. Der Staat, Band 2 (1917–1918), Wien 1968, S. 73f. Bei politischen Delikten unterstanden seit Kriegsausbruch 1914 auch alle Zivilpersonen im Hinterland der österreichischen Reichshälfte der Militärgerichtsbarkeit.

32/ Karl Heinz, Kampf und Aufstieg. Die Geschichte der sozialistischen Jugendbewegung Österreichs, Wien 1932, S. 116.

33/ W. Neugebauer, a.a.O., S. 100.

34/ Arbeiterjugend und Klassenkampf. Von einem linksradi-kalen Jugendgenossen, in: *Der Kampf*, Wien, Jg. 1918, Nr. 8, S. 587. Hervorhebung H.H.

35/ W. Neugebauer, a.a.O., S. 102.

36/ L. Hornik, Die Zimmerwalder Linke, a.a.O., S. 665.

37/ R. Neck, a.a.O., Band 1, S. 316.

38/ Hans Hautmann, Geschichte der Rätebewegung in Österreich 1918–1924, Wien–Zürich 1987, S. 145.

39/ L. Hornik, Die Zimmerwalder Linke, a.a.O., S. 664.

40/ Ebenda. Dazu auch: Anna Hornik, 40 Jahre Jännerstreik, in: *Weg und Ziel*, Jg. 1958, Nr. 1, S. 46. Anna Hornik, die Ehefrau von Leopold Hornik, ist die hier schon mehrfach genannte Anna Strömer.

41/ A. Hornik, a.a.O.

42/ L. Hornik, Die Zimmerwalder Linke, a.a.O., S. 665.

43/ H. Hautmann, Die verlorene Räterepublik, a.a.O., S. 39f.

44/ Ebenda, S. 65.

45/ H. Hautmann, Leo Rothziegel, a.a.O., S. 289.

46/ Der Jännerstreik 1918, in: *Die Rote Fahne*, 15. Jänner 1928, S. 5.

47/ Egon Erwin Kisch, Kriegspropaganda und ihr Widerspiel, in: Läuse auf dem Markt. Vermischte Prosa = Gesammelte Werke in Einzelausgaben, Band X, Berlin und Weimar 1985, S. 38–60.

48/ Franz Koritschoner, Der Jännerstreik und seine Vorgeschichte, in: *Theorie und Praxis* (Zeitschrift des VSStÖ), Nr. 2/3, Wien 1970, S. 10 (Nachdruck).

49/ A. Hornik, a.a.O., S. 46.

50/ Der Januaraufstand der österreichischen Arbeiterschaft und der Verrat der sozialpatriotischen Führer, Zürich 1918, S. 8.

51/ Niederösterreichisches Landesarchiv, Präsidialakten, P.–VII, Nr. 1498/1918; Rothziegel Leo, Pöck Max und Mathilde, Hochverrat.

52/ R. Neck, a.a.O., Band 2, S. 192f.

Dokumente zum Jännerstreik 1918

Der 90. Jahrestag des größten Massenstreiks, den unser Land je erlebte, soll Anlass für die Wiedergabe einiger Dokumente sein, die von den Linksradikalen stammen. Thematisch schließen sie an den Frontbeitrag der vorliegenden Nummer an, der ihre Entwicklung von den Anfängen bis zum Vorabend des Jännerstreiks gezeichnet hat. Abgedruckt sind ein Artikel aus dem Zentralorgan der KPÖ, der *Roten Fahne*, aus dem Jahr 1928 sowie die drei Flugblätter, die von den Linksradikalen vor dem Streik, während des Streiks und nach dem Streik unter den Arbeitern und Arbeiterinnen verbreitet wurden. Den Dokumenten ist zum besseren Verständnis des Ablaufs dieser zehn dramatischen Tage eine von mir verfasste Chronologie vorangestellt.

HANS HAUTMANN

Chronologie des Jännerstreiks

12. Jänner 1918, Samstag

Am Abend wird in Wien 9., Währingerstraße, das Flugblatt „Arbeitendes Volk!“ der Linksradikalen gefunden. Verfasser sind Franz Koritschoner und Leo Rothziegel.

13. Jänner, Sonntag

Außenminister Czernin telegraphiert aus Brest-Litowsk, die Zeitungen mögen streng zensuriert werden, weil Meldungen über den Stand der Verhandlungen Unruhen erzeugen könnten.

14. Jänner, Montag

Bekanntgabe der Kürzung der Mehrlohn um 50 Prozent. Um 7.30 Uhr beginnt der Streik in den Daimler-Motorenwerken in Wiener Neustadt. Im Betrieb wird das Flugblatt „Arbeitendes Volk!“ der Linksradikalen verbreitet. Um 9.30 Uhr verlassen die ArbeiterInnen der Siegl'schen Lokomotivfabrik den Betrieb und ziehen zum Rathaus. Hier versammeln sich 5.000 bis 6.000 Streikende, später 10.000, als die ArbeiterInnen der Flugzeugfabrik, der Radiatorenwerke und der Munitionsfabrik G. Rath dazukommen. In ganz Wiener Neustadt wird das Flugblatt der Linksradikalen gefunden. Das Kriegsministerium setzt über Ersuchen der Fabrikdirektoren 200 Mann Militär (Bosniaken) und zwei Maschinengewehrzüge von Wien nach Wiener Neustadt in Marsch.

15. Jänner, Dienstag

Am Morgen wird die provokatorische Rede des deutschen Generals Hoffmann in Brest-Litowsk bekannt, der die rasche Umwandlung in einen politischen Massenstreik, einen Streik für den Frieden, bewirkt. In Wiener Neustadt stehen alle Industriebetriebe still. Über die Stadt wird ein Alkoholverbot verhängt. Gegen Mittag Streikbeginn in Enzesfeld, Hirtenberg, in der Leobersdorfer Maschinenfabrik und in der Wöllersdorfer Munitionsfabrik (34.000 Arbeiterinnen und Arbeiter). 4.000 bis 5.000 Arbeiter der Schoellerwerke Ternitz marschieren nach Neunkirchen, ebenso die Arbeiter der Gummiwerke Semperit aus Wimpassing. Eine Versammlung der streikenden ArbeiterInnen in Neunkirchen mit 10.000 Teilnehmern fordert den sofortigen Friedensschluss. Die Regierung lässt 400 Mann Militär nach Neunkirchen in Marsch setzen. Um 21.30 Uhr sprechen Victor Adler und Karl Seitz beim Ministerpräsidenten Seidler vor. Damit setzen hinter dem Rücken der Streikenden die Verhandlungen über die Prozedur zur Abwürgung des Ausstandes ein.

16. Jänner, Mittwoch

Um 8 Uhr beginnt der Streik bei Schoeller in Ternitz. Im Laufe des Vormittags erstreckt er sich bereits auf alle Betriebe des politischen Bezirks Mödling (ca. 1200 Streikende), auf Stockerau, Berndorf, Blumau und den politischen Bezirk Baden (ca. 35.000 Teilnehmer). Streikbeginn auch in Wimpassing, bei Brevillier-Urban in Neunkirchen und in der Pottendorfer Spinnerei. Gegen Mittag greift der Ausstand auf Wien über. In Floridsdorf und Favoriten streiken die Arbeiter von Fiat, Hofherr & Schrantz und der Lokomotivfabrik (ca. 5.800 Teilnehmer). Im Laufe des Nachmittags kommt es in Wien zu einer schnellen Ausbreitung des Streiks. Am Abend stehen 84.300 Arbeiter im Ausstand. Die Regierung ordnet in Wien die militärische Bewachung des



Jännerstreik in Wiener Neustadt: Versammlung im Park des Arbeiterheimes (oben), die Arbeiter vor dem Rathaus.

Gaswerks, E-Werks, Münzamts, der Staatsdruckerei, der Wasserwerke und der Remisen der Straßenbahn an.

17. Jänner, Donnerstag

Am Morgen veröffentlicht die *Arbeiter-Zeitung* die vier Forderungen des Parteivorstandes. An die Arbeiter wird appelliert, „Straßenexzesse“ zu vermeiden. Im Laufe des Tages schließen sich die ArbeiterInnen in St. Pölten und Umgebung (ca. 5.200), weitere Betriebe im Bezirk Mödling (ca. 700), die ArbeiterInnen im Bezirk Lilienfeld (Traisen, Marktl, Hohenberg, St. Ägyd, ca. 7.000) sowie die Belegschaft des Trainzugesdepots in Klosterneuburg der Bewegung an. Im Bezirk Wiener Neustadt sind 43.000 Arbeiter im Ausstand, in ganz Niederösterreich an diesem Tag 95.000. In Wien steigt die Zahl der Streikenden bis zum Abend auf 100.700. Streikbeginn auch in der Steiermark. In Graz stehen ca. 20.000 Arbeiter im Ausstand, weiters die Arbeiter der Böhlerwerke in Kapfenberg und bei Felten & Guillaume im Bezirk Bruck an der Mur. Übergreifen des Streiks auf Krakau und damit erstmals auch auf andere Kronländer und Nationalitäten. Die Linksradikalen verbreiten in Wien und Niederösterreich ihr Flugblatt „Das Volk steht auf!“ (verfasst und gedruckt von Franz Koritscho-

ner und Leo Rothziegel), in dem eigene, über die vier Punkte des Parteivorstandes hinausgehende Forderungen erhoben werden. Um 21 Uhr verhandeln Victor Adler, Renner, Seitz und Ellenbogen geheim mit Sektionschef Baron Flotow im Ministerium des Äußeren mit dem Ziel, dass Graf Czernin eine „beruhigende Erklärung“ abgeben möge.

18. Jänner, Freitag

Weiteres Anschwellen des Streiks. Übergreifen nach Bruck an der Leitha, auf die Schiffswerft Korneuburg und den Bezirk Krems (ca. 17.000 Streikende). Insgesamt stehen an diesem Tag in Niederösterreich 122.000 ArbeiterInnen im Ausstand. In Wien schließen sich die ArbeiterInnen von Klein- und Kleinstbetrieben, so die SchneiderInnen und VerkäuferInnen nobler Modesalons der Innenstadt sowie die Arbeiter und Angestellten des k.k. Münzamt und der k.k. Hof- und Staatsdruckerei dem Streik an. Hier wächst die Zahl der Streikenden bis zum Abend auf 106.100. In der Steiermark kommen die ArbeiterInnen von Mürzzuschlag, Donawitz, Knittelfeld und Kapfenberg dazu, die Zahl der Streikenden erhöht sich hier auf ca. 35.000. Am Nachmittag verbreitet das Telegraphenbüro die Erklärung Czernins, „erhafte und bürge dafür, dass der Friede mit Russland unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern“ werde.

19. Jänner, Samstag

In Wien treten nun auch die Schriftsetzer in den Ausstand. Mit Ausnahme der anstelle der *Arbeiter-Zeitung* von der Sozialdemokratie herausgegebenen *Mitteilungen an die Arbeiter* erscheinen keine Zeitungen mehr. In Niederösterreich schließen sich die Arbeiter in Amstetten an (ca. 600), ebenso die in Tulln und Klosterneuburg (ca. 800). Im Bezirk Bruck an der Leitha erhöht sich die Zahl der Streikenden auf 2.300. In Wien Anschwellen bis zum Abend auf 111.600. In der Steiermark kommen 6.000 Arbeiter

des Erzbergs hinzu. Streikbeginn auch in Oberösterreich. In Linz ca. 7.000 Streikende, in der Waffenfabrik in Steyr ca. 5.400. Übergreifen der Bewegung auf Budapest, wo alle Industriebetriebe feiern und der Straßenbahnverkehr eingestellt wird. Am Nachmittag fieberhafte Verhandlungen der sozialdemokratischen Führer mit der Regierung, um von ihr beruhigende Versprechungen zu erreichen. Um 18 Uhr Beginn der Sitzung des Wiener Arbeiterrats im Arbeiterheim Margareten, die bis 3.30 früh des Sonntag dauert. Mit 308 gegen 2 Stimmen wird das Verhandlungsergebnis gebilligt und den streikenden ArbeiterInnen die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen, weil sonst die „Anarchie“ drohe.

20. Jänner, Sonntag

Höhepunkt des Jännerstreiks mit ca. 550.000 Streikenden in der österreichischen Reichshälfte (österreichische Länder, weiters Krakau, Mährisch-Ostau, Brünn und Triest) sowie in Ungarn (Budapest und Provinzstädte) mit ca. 200.000 Streikenden, insgesamt im Habsburgerreich 750.000. In Wien 113.000 Teilnehmer. In der Steiermark ca. 40.000. In Niederösterreich treten die Arbeiter von Betrieben Kienberg-Gamings im politischen Bezirk Scheibbs in den Streik (ca. 600). Hier erhöht sich die Zahl der TeilnehmerInnen auf 125.000. Überall finden in den Arbeiterheimen, in Gaststätten, auf Straßen und Plätzen Versammlungen statt. Bei einigen kommt es zu Zusammenstößen zwischen den Parteireferenten und den Linksradikalen, die sich den Argumenten der sozialdemokratischen Funktionäre durch lautstarke Zwischenrufe und Kontrareden entgegenstellen.

21. Jänner, Montag

Die Sozialdemokratische Partei setzt die Streikversammlungen fort, in denen sie den ArbeiterInnen das Ergebnis ihrer Verhandlungen mit der Regierung be-

kannt gibt und die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit auffordert. Es kommt zu stürmischen Protesten. Dennoch beginnt die Bewegung abzubrockeln. In Wöllersdorf wird die Arbeit teilweise wieder aufgenommen, ebenso in Blumau und in einzelnen Betrieben Wiens. In den Versammlungen werden verschiedentlich Beschlüsse gefasst, den Streik am folgenden Tag zu beenden. Hingegen schließen sich in Salzburg in der Eisenbahnwerkstätte die Bediensteten und in Hallein die Salinenarbeiter dem Streik an (ca. 10.000). Am Abend beginnt in Wien die Verhaftungswelle gegen die Linksradikalen.

22. Jänner, Dienstag

Weitere Versammlungen mit protestierenden Arbeitern, in denen die noch in Freiheit befindlichen Linksradikalen auftreten. Aber die Bewegung ist bereits gebrochen. In Neunkirchen nehmen 2000 Arbeiter die Arbeit wieder auf, es bleiben dort noch 9000 Streikende. Um 15 Uhr wird in Neunkirchen der Beschluss gefasst, die Arbeit am nächsten Tag geschlossen wieder aufzunehmen. In der Steiermark kehren die 40.000 Streikenden wieder in die Betriebe zurück. In Wien fällt die Zahl der Streikenden auf 56.000.

23. Jänner, Mittwoch

Ende des Jännerstreiks in Wien. In Niederösterreich weiteres Abbröckeln. Neuerliche Verhaftungen von Linksradikalen. In Wiener Neustadt wird beschlossen, die Arbeit am nächsten Tag wieder aufzunehmen.

24. Jänner, Donnerstag

Die letzten noch verbliebenen Streikenden in Wiener Neustadt, Neunkirchen, Ternitz, Baden und Korneuburg nehmen die Arbeit wieder auf. Der Jännerstreik ist nach zehntägiger Dauer beendet. Zwei Wochen später erscheint das Flugblatt „Verraten und verkauft!“, verfasst von dem untergetauchten Leo Rothziegel.



Neuerscheinungen

Claudia Kuretsidis-Haider: „Das Volk sitzt zu Gericht“. Österreichische Justiz und NS-Verbrechen am Beispiel der Engerau-Prozesse 1945–1954. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2006, 496 S., 53.– Euro

Manfred Mugrauer: Die Politik der KPÖ in der Provisorischen Regierung Renner. Innsbruck, Wien, Bozen: Studien-Verlag 2006, 393 S., 38.– Euro

Heimo Halbrainer/Claudia Kuretsidis-Haider (Hg.): Kriegsverbrechen, NS-Gewaltverbrechen und die europäische Straffjustiz von Nürnberg bis Den Haag. Graz: Clio 2007, 320 S., 25.– Euro



Artikel in der *Roten Fahne* anlässlich des 10. Jahrestages des Jännerstreiks¹

(...) Am 24. Jänner sollte nach dem Beschluss des Zentralaktionskomitees der Streik ausbrechen. Aufrufe an die Soldaten wurden vorbereitet, ein Manifest an die Bosniaken² in zyrillischen und lateinischen Lettern vorbereitet. Am 12. Jänner hatte General Hoffmann³ in Brest-Litowsk den Diktatwillen der Mittelmächte verkündet: „*Wir sind die Sieger und uns gebührt die Palme!*“ Graf Czernin erzählt in seinen Erinnerungen, dass Joffe⁴ damals in der „milden theologischen Weise eines Rabbiners“ dem übermütigen Junker die Lehre erteilte: „Ach Exzellenz, Sie werden die Revolution bekommen.“ Die Gewaltfriedenspolitik der deutschen Junker und Schlotmagnaten, unterstützt von deren österreichischen Mitläufern, war ein warnendes Signal für die Arbeiter Österreichs.

Fieberhaft arbeiteten die Proletarier für die bevorstehende Aktion hinter dem Rücken der Parteileitung. Am 14. Jänner traten die Daimler-Werke in den Streik. Vor dem bestimmten Termin hatte sich der Unmut der Arbeiter in einer spontanen Aktion Bahn gebrochen. Die Vorbereitungsarbeiten kamen nun der entfesselten Streikbewegung zugute.

Der Jännerausstand

Renner eilte sofort nach Wiener Neustadt, um seine Autorität als Parteiführer und Mitglied der Ernährungskommission direkt in den Dienst der Landesverteidigung zu stellen. Zu spät! Es war kein Hungerkrawall mehr, das war die *Auflehnung der proletarischen Massen* gegen den imperialistischen Krieg! Fluchtartig musste Renner die Tribüne verlassen, die Revolutionäre ergriffen die Führung, Ternitz folgte nach. In Zehnergruppen zogen die Arbeiter der Schoeller-Werke von Fabrik zu Fabrik und rissen alle mit sich fort. Nach der Steiermark, nach Ungarn hinüber wurde die Botschaft getragen: Arbeiterdelegationen nach Brest-Litowsk. Friede an allen Fronten. Sturz der Regierung.

Am 16. Jänner folgten das Arsenal und die Goerzwerke. Die Fiat-Arbeiter schlossen sich an, und die Kremenetzky-Fabrik übernahm die Führung unter den Metallfabriken der Brigittenau. (...)

Der Streik griff immer weiter um sich, und die alten Durchhaltesozialisten hatten nur die Wahl, sich an die Spitze der

empörten Arbeitermassen zu stellen oder den Kontakt mit ihnen dauernd zu verlieren. Im Interesse der Landesverteidigung haben sie den ersteren Weg genommen.

Die Sabotage der Reformisten

Wohl wurde der Streik nun auch von den alten Führern proklamiert, nachdem er gegen ihren Willen entstanden, aber die *lebensnotwendigen Betriebe, Bahnen und Bergwerke, Gas- und Elektrizitätswerke sowie die Straßenbahn* sollten davon ausgenommen werden. Über die Köpfe der alten Führer brach sich die Bewegung Bahn, die Bergarbeiter schlossen sich an und demonstrierten für den Lenin-Frieden.

Die öffentlichen Arbeiterräte

Freitag, den 18. Jänner, war die Bewegung bereits über die Steiermark, Oberösterreich, Budapest und andere Teile Ungarns erstreckt. In den Bezirken entstanden Komitees zur Vereinheitlichung der Aktionen, Arbeiterräte wurden geschaffen. Gleich im ersten Aufruf hatten die alten Führer die Aufmerksamkeit der Arbeiter von den unmittelbaren Tagesforderungen abgelenkt, indem sie die „Reform des Gemeindewahlrechts“ unter die Bedingungen aufnahmen, auf Grund derer sie mit der Regierung verhandeln wollten. Die Lage spitzte sich zu, die *Bosniaken* (ein Aufruf der revolutionären Sozialisten an die Kmeten⁵ und Kmetensöhne erschien), welche in Wiener Neustadt gegen die Arbeiter aufgeboten wurden, fraternisierten mit ihnen. Eine Delegation der Daimlerarbeiter fuhr nach Berlin, wo die alten Sozialpatrioten, wie sie später selbst einbekannten, nur an die Spitze der Bewegung traten, „nur in das Streikkomitee hineingegangen sind im Interesse der Landesverteidigung“! Ebert⁶ (nach dem seine österreichischen Freunde jüngst eine ihrer schönsten städtischen Bauten genannt haben) erklärte später unumwunden vor dem Magdeburger Gericht: „*Während des ganzen Krieges war ich gegen den Streik der Arbeiter in der Kriegsindustrie.*“ Es war dies keine Lüge. Und auch die parlamentarischen Verhandlungen der Sozialdemokraten Österreichs dienten keinem anderen Zweck als der Beschwichtigung der Massen. Im Budgetausschuss hat schon am kritischen Freitag, während der Streik im-

mer weiter um sich griff und sogar die klerikalen slowenischen Arbeiter im Zeichen des Selbstbestimmungsrechts der Völker sich anschlossen, Seitz eine Erklärung abgegeben. Er sprach im Namen seiner Partei dem Grafen Czernin, diesem Lakaien des deutschen Imperialismus, sein Vertrauen aus. „*Die Sozialdemokraten haben wiederholt im Parlament, in Versammlungen wie in der Presse erklärt, dass sie das Vertrauen zum Grafen Czernin haben, dass er den Frieden will und anstrebt.*“ Seitz forderte, „dass man den breiten Massen ehestens eine Versicherung geben muss, dass der Friede mit Russland nicht scheitern werde.“ Seitz forderte keine Garantien, er verlangte bloß eine „Versicherung“. Die sollte ihm werden.

„Ich hafte und bürge“

Graf Toggenburg⁷ gab beruhigende Erklärungen ab und pries den Grafen Czernin als den Mann, „der von seiner Überzeugung nicht einen Schritt abweicht, und wenn es ihn auch zum Bettler macht“. Er verglich ihn mit den russischen Revolutionären und leitete so die telegraphische Erklärung Czernins ein, die kurz und bündig erklärte: „*Ich hafte und bürge, dass der Friede unsererseits nicht an Eroberungsabsichten scheitern wird. Wir wollen nichts von Russland, weder Gebietsabtretungen noch Kriegsentschädigungen.*“ Die alten Führer begannen nun mit der aktiven Sabotage der Aktion. Hatten sie auch nicht verhindern können, dass die Eisenbahner über die Köpfe der Gewerkschaften hinweg sich anzuschließen wagten, so begann nun der Solidaritätsstreik der tschechischen Arbeiter. An den Fronten verbrüdeten sich die österreichischen Soldaten mit den russischen, und selbst die „Ständige Delegation der Angestellten“ wurde mitgerissen. Schon wollten die Drucker den Druck der Krieganleihe einstellen. Schon wollten die Bankbeamten das Bankwesen stilllegen. Schon wankte der alte Staat ohne Munition und ohne Geld in seinen Grundfesten. Wenige Tage noch, und die Regierung musste kapitulieren. Da rettete Renner mit den übrigen Parteiführern das bedrohte Reich seines Kaisers, und die Führer der Sozialdemokratie begannen durch den Vertrat am Proletariat die Grundlage zu „Österreichs Erneuerung“⁸ zu legen.

„Die Retter des Reiches“

In den äußeren Wiener Bezirken forderten die *Linksradikalen* den *Abbruch der Verhandlungen mit der Regierung*, und Renner klagte über die „unverantwortlichen Elemente“, während *Ellenbogen*⁹ über die „Radikalinskis“ schimpfte.

Am 19. Jänner erschien das erste Mitteilungsblatt in der Wienzeile. Der Verrat begann. „Graf Czernin haftet und bürgt“, lautete die Überschrift eines Artikels, „*der Parteivorstand nimmt die Erklärung mit Genugtuung zur Kenntnis und erkennt ihre Entschiedenheit an*“. Eine Deputation sprach beim Ministerpräsidenten Seidler¹⁰ vor, und der Minister war sehr freundlich. Schon am nächsten Tag konnte man in Fettdruck lesen: „*Es ist der sehnlichste Wunsch Seiner Majestät, ehebaldigst den Krieg durch einen ehrenvollen Frieden zu beenden.*“

Die Arbeiter aber ließen sich nicht irreführen und kämpften weiter.

Abgewürgt!

In der Nacht vom 19. auf den 20. Jänner trat der Arbeiterrat zusammen. In endlosen Debatten bis halb vier Uhr früh wurden die Arbeiter niedergeredet, und Seitz verkündete die Notwendigkeit der Arbeitsaufnahme. *Mit 308 gegen 2 Stimmen haben die Wiener Vertrauensmänner vor dem Diktat ihrer Führer kapituliert und damit das Joch des Imperialismus wieder auf sich genommen.* In der Nacht hatte Otto Bauer zwei Ausgaben der Zeitung vorbereitet, eine für die Fortsetzung und eine für die Abwürgung des Kampfes. Die Abwürfnummer kam rechtzeitig heraus, und der Parteivorstand forderte die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Die Vertreter des Wiener-Neustädter Reviers protestierten und setzten den Kampf als Demonstration gegen die Partei- und Gewerkschaftsführer fort.

Die Arbeiter wehren sich

Mit übermenschlicher Anstrengung gelang es dem illegalen Arbeiter- und Soldatenrat, den größten Teil der Wiener Arbeiter zum Durchhalten zu bewegen. Trotz aller irreführenden Nachrichten der „Arbeiter-Zeitung“ verharrte am 21. Jänner die Rothmüller-Fabrik im Streik, die Arsenalarbeiter kehrten nicht in den Betrieb zurück, und die Fiatwerke erklärten sich solidarisch. Der Druck der Bürokratie hatte aber

noch einmal das wankende System des Imperialismus gerettet. Mit List und Gewalt zwang man die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit, und am 22. erschien der letzte Kampfaufruf des linksradikalen Aktionsausschusses: „Verraten und verkauft“.¹¹

Der Sieg der Patrioten

Die Sozialpatrioten triumphierten, die „verantwortlichen Elemente“ hatten gesiegt. Am 24. kehrte auch Ternitz zur Arbeit zurück. Kurze Zeit später konnte Renner melancholisch feststellen: dass weder die Militarisierung der Betriebe aufgehoben, noch das Gemeindevahlrecht verbessert war.

In Brest-Litowsk aber diktierten Deutschland und Österreich den russischen Arbeitern ihren brutalen Gewaltfrieden, trotz Kaiserwort und Ministerversprechen.

Fast das ganze Aktionskomitee wurde eingekerkert, und in einer Broschüre „Um Friede, Freiheit und Recht“¹² verleumdete Renner die Schlachtopfer seiner Politik. In der Stunde der Gefahr haben die „verantwortungsvollen“ Führer der österreichischen Arbeiterschaft nach einem heroischen Kampfe der proletarischen Massen vor dem Klassenfeind kapituliert. Die Helden des Burgfriedens sind die Helden des Bürgerfriedens geworden. Der 15. Juli¹³ hat vollendet, was der 20. Jänner begann: Die Kapitulation des Reformismus vor dem Klassenfeind, die Preisgabe des revolutionären Proletariats durch seine traditionellen Führer. Karl Renner ist heute so wie vor zehn Jahren der eigentliche Sieger. Otto Bauer muss die marxistische Begründung für die Taktik der „Klassenharmonie“ zu konstruieren suchen. In den Reihen der österreichischen Arbeiter aber, die sich vor zehn Jahren gegen den Gewaltapparat der Habsburger erhoben, lebt die Parole fort, die Lenin in seiner Deklaration der Zimmerwalder Linken den Arbeitern aller Länder zugerufen: „*Kampf um den Sozialismus oder Degeneration. Es gibt kein Drittes.*“



Anmerkungen:

1/ *Die Rote Fahne*, Wien, 15. Jänner 1928 (Sonntagsbeilage), S. 5f. Hervorhebungen im

Original. Der Artikel ist nicht gezeichnet. Verfasser war mit großer Wahrscheinlichkeit Franz Koritschoner.

2/ Muslimische Truppenteile der k.u.k. Armee aus Bosnien-Herzegowina wurden wegen ihrer Verlässlichkeit und Immunität gegenüber fremdsprachlicher Agitation von der kaiserlichen Regierung bevorzugt eingesetzt, wenn es Unruhen in anderen nationalen Gebieten des Reiches niederzuwerfen galt.

3/ Generalmajor Max Hoffmann war der militärische Chefunterhändler des Deutschen Reiches bei den Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.

4/ Der Bolschewik A. A. Joffe leitete vom 9. bis 28. Dezember 1917 für Russland die Brester Verhandlungen. Ihm folgte bis 10. Februar 1918 der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten L. D. Trotzki. Den Brester Raubfrieden vom 3. März 1918 unterzeichnete als sowjetrussischer Delegationsleiter G. I. Sokolnikow.

5/ Kmeten hießen die Kleinbauern in Bosnien, die als Pächter von den muslimischen Grundbesitzern, den Agas und Begs (der ethnischen Herkunft nach so wie die Kmeten durchwegs Serben oder Kroaten), ausgebeutet wurden.

6/ Friedrich Ebert (1871–1925), Sattler, von 1913 bis 1919 Vorsitzender der SPD. 1918/19 Vorsitzender des „Rates der Volksbeauftragten“. Von 1919 bis 1925 Reichspräsident.

7/ Friedrich Graf von Toggenburg (1866–1956), zum Zeitpunkt des Jännerstreiks k.k. Minister des Inneren.

8/ Anspielung auf die gleichnamige Sammlung von Aufsätzen Karl Renners, die in drei Bänden 1916 in Wien erschien.

9/ Wilhelm Ellenbogen (1863–1951), Arzt, Mitglied des Parteivorstandes der österreichischen Sozialdemokratie, 1901–1918 Reichsratsabgeordneter, 1919–1934 Abgeordneter zum Nationalrat, 1919/20 Unterstaatssekretär für Handel, Gewerbe und Industrie.

10/ Ernst Ritter Seidler von Feuchtenegg (1862–1931), von Juni 1917 bis August 1918 k.k. Ministerpräsident.

11/ So unrichtig. Das Flugblatt erschien erst Anfang Februar 1918.

12/ Um Friede, Freiheit und Recht! Der Jännerausstand des innerösterreichischen Proletariats, Wien 1918. Verfasser dieser ohne Autorengabe und noch in der Zeit der Monarchie erschienenen Broschüre war Karl Renner. Die Linksradikalen antworteten auf sie mit der in Zürich 1918, ebenfalls noch zu Monarchiezeiten, gedruckten Broschüre „Der Januaraufstand der österreichischen Arbeiterschaft und der Verrat der sozialpatriotischen Führer“. Ihr Verfasser ist unbekannt.

13/ Gemeint sind die Ereignisse um den Brand des Justizpalasts am 15. Juli 1927.

Flugblatt der Linksradikalen, verbreitet vor dem Streik

Arbeitendes Volk!

Dreieinhalb Jahre dauert dieser menschenmordende Krieg und trotz der Friedensverhandlungen ist kein Ende dieser Metzelleien abzusehen. Millionen Eltern weinen um ihre Söhne, Millionen Frauen und Kinder um ihre Ernährer. Wurde dieser Krieg begonnen, um das „Vaterland“ zu verteidigen? Wird er fortgesetzt, um „Haus und Hof“ gegen „Feinde“ zu schützen? Hat das arbeitende Volk ein Vaterland? Der Grund und Boden ist in den Händen einiger Weniger, die dieses „Recht“ dazu benutzen, uns auszubeuten und auszuhungern! Haben wir – das arbeitende Volk – Feinde? Sind nicht die italienischen, die serbischen und rumänischen Arbeiter und Bauern unsere Brüder? Sind sie nicht ebenso ausgebeutet und unterdrückt wie wir?

Nein! Dieser Krieg ist *nicht* begonnen worden, um das Vaterland zu verteidigen, wird nicht fortgeführt, um Haus und Hof gegen „Feinde“ zu schützen. Dieser Krieg wurde entfacht, um den Kapitalisten neue Länder einzubringen, um das arbeitende Volk ganz der Gewalt des Staates auszuliefern!

Schon das vierte Jahr liegen Millionen im Schmutz der Schützengräben, Millionen hungern und darben im Hinterlande und gehen an Unterernährung und Tuberkulose zugrunde. Widerspruchslos ertragen wir all den Jammer und das Elend; mutlos müssten wir revolutionäre Sozialisten die Fahne der Freiheit und Menschlichkeit sinken lassen, wenn wir nicht gesehen hätten, dass ein Volk es gewagt hat, die Ketten der Tyrannei zu zerbrechen, sich Freiheit und Frieden zu erzwingen! Das russische Volk und die russische Revolution zeigte uns, wie man zum Frieden gelangt! Das russische Volk hat uns gelehrt, was wir zu tun haben, um zu Recht und Freiheit zu gelangen. In Russland wird das Land unter das Volk aufgeteilt, Fabriken und Bergwerke gelangen in den Besitz der Allgemeinheit. Nur der russischen Revolution verdanken wir es, dass es zu Friedensverhandlungen gekommen ist.

Aber wie sehen diese Friedensverhandlungen aus? Auf der einen Seite die Vertreter des russischen Volkes, Männer und Frauen; auf der anderen – auf unserer Seite – Grafen, Exzellenzen und Diplomaten. Das Volk war nur gut genug,

dreieinhalb Jahre Krieg zu führen! Und wenn es jetzt nicht zu einem allgemeinen Frieden kommt, so nur deshalb, weil alle kriegführenden Staaten, namentlich das militaristische Deutschland und Österreich, von Despoten beherrscht werden.

Dreieinhalb Jahre führen wir Krieg! Zu lange hungern und darben wir, zu lange wurden wir unterdrückt und geknechtet, zu viele liegen in den Massengräbern Galiziens und Italiens, zu viele laufen als Krüppel hungernd durch die Straßen.

Arbeitende und denkende Männer und Frauen! Wir rufen euch zum Kampf für Frieden und Freiheit! Vereinigt euch wie eure russischen Brüder! Wählt Arbeiter- und Soldatenräte! Ertragt nicht länger die Unterdrückung und das Elend! Lasst euch nicht durch Redensarten von Ministern, Bürgermeistern und sogenannten „Volksvertretern“ nasführen! Wollt ihr euer Leben und die Existenz eurer Familie nur für die Ruhmsucht der Generäle, für die Profitmacherei der Bankleute, Fabrikanten und Großgrundbesitzer opfern? Soll nach diesem Kriege das alte Elend, die alte Unterdrückung und Ausbeutung fort dauern? Bleibt nicht länger willenslose Werkzeuge des Kapitalismus und Militarismus!

Mann der Arbeit, aufgewacht,

Und erkenne Deine Macht!

Alle Räder stehen still

Wenn dein starker Arm es will!

Wenn er es will! Wollt es! Zeigt, dass ihr euren Mann stellt wie die russischen Arbeiter und Bauern!

Zum Kampf für den sofortigen allgemeinen Frieden!

Zum Kampf für politische und soziale Freiheit!

Nieder mit dem Krieg!

Nieder mit der Regierung!¹

Flugblatt der Linksradikalen, verbreitet während des Streiks

Arbeiter! Arbeiterinnen!

Das Volk steht auf!

200.000 Arbeiter der Kriegsindustrie in Wien, Wiener Neustadt, Ternitz, Wöllersdorf, im Traisen- und Triestingtale streiken. Sie weigern sich, länger das Elend des Krieges zu ertragen. Sie wissen, dass die Regierung auch jetzt noch den Frieden verhindern will. In Brest-Litowsk haben die Grafen und Generäle, gestützt auf das Schwert, den Friedenswillen unserer russischen Brüder brutal zurückgewiesen. Die Volksmassen aber wollen nicht Sieg noch

Waffenruhm, sie wollen den sofortigen Frieden, den Frieden um jeden Preis, auch den Sonderfrieden, wenn die deutsche Regierung zögert.

Das Interesse der Volksmassen vertreten nicht Czernin und Kühlmann mit ihren herrschsüchtigen Ansichten, sondern Lenin und Trotzki mit ihren internationalen Grundsätzen über das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die russischen Arbeiter und Soldaten haben mit den schärfsten Mitteln des Klassenkampfes, mit Massenstreik, Meuterei und Straßenkampf für ihre eigene Freiheit gestritten, sie haben ihr Blut vergossen für die Befreiung aller Völker der Erde von den Leiden des Krieges und vom Joche des Kapitalismus. Aber ihre Kräfte allein reichen nicht hin, dieses gewaltige Werk zu vollenden. Die Arbeiter der anderen Länder müssen sich um die rote Fahne der russischen Revolution scharen. Vor allem sind aber die österreichischen Proletarier berufen, die Revolution vor der gewalttätigen Hinterlist unserer Regierung zu retten. Darum fordern wir:

1. Die Friedensdelegierten sind vom Volke zu wählen!
2. Auf allen Fronten ist sofort Waffenstillstand zu schließen!
3. Das Kriegsleistungsgesetz und die Militarisierung der Betriebe sind sofort aufzuheben! Alle Beschränkungen des Koalitionsrechtes und der politischen Freiheit sind abzuschaffen!
4. Friedrich Adler und alle anderen politischen Gefangenen sind sofort freizulassen!

Misstraut jenen patriotischen „Arbeiterführern“, die euch seit dem ersten Tage des Krieges verraten und euch auch jetzt eure Streikgelder vorenthalten. Hört nicht auf ihre Beschwichtigungsreden, sondern bleibt fest im Streite für unsere Ziele!

Habt ihr und eure Arbeiterbrüder im Schützengraben euer Leben für die Interessen eurer Unterdrücker eingesetzt? Dann fürchtet auch jetzt nicht den Säbel der Polizisten und ihre Maschinengewehre. Ihr Anderen aber steht nicht länger abseits. Heraus aus euren Werkstätten! Bringt nicht länger mehr Mordgranaten hervor! Heraus aus den Bergwerken ans Tageslicht! Lasst alle Räder stillstehen, Eisenbahnen und Straßenbahnen! Schart euch zusammen auf Straßen und Plätzen! Wählt Arbeiterräte so wie in Russland, und der Massengewalt des Proletariates wird der Sieg gehören! Proletarier aller Länder, vereinigt euch!²

Flugblatt der Linksradikalen, verbreitet nach dem Streik

Verraten und verkauft!

Der Kampf zur Erzwingung des sofortigen allgemeinen Friedens, den das Proletariat Niederösterreichs in so herrlicher Weise begonnen und dem sich die Arbeiterschaft der anderen Kronländer und auch Ungarns angeschlossen hatte, ist vom Parteivorstand und einem sogenannten „Arbeiterrat“ in schmachlicher Weise an die Regierung des kapitalistischen Klassenstaates *verraten* worden. Nichts als papierenen Versprechungen, leere Tröstungen und nichtssagende Phrasen hat die Regierung als Antwort auf die Forderungen der Arbeiterschaft zu bieten gewusst. Die sich „Sozialdemokraten“ nennenden Führer haben nichts Besseres zu tun gewusst, als die Arbeiter wieder in das Joch der kapitalistischen Unterdrückung zu treiben. Für jeden denkenden Arbeiter ist es heute klar, dass dieser Kampf schon im Anfang das Missfallen der Parteinstanzen gefunden hat, dass sie vom Anbeginn gebremst haben, indem sie diejenigen Arbeiterkategorien, auf die es in erster Linie angekommen wäre – die Eisenbahner, die Gas- und Elektrizitätsarbeiter – ausgeschaltet haben.

Und statt die Bewegung nach dem Vorbild unserer russischen Brüder vorwärts zu treiben, statt einen wirklichen Arbeiterrat, der alle Macht an sich reißt, zu konstituieren, hatten diese Handlanger der Regierung sofort mit derselben Unterhandlungen, und bevor es noch zum eigentlichen Kampf gekommen war, diesen abgeblasen.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Wenn wir uns von der kapitalistischen Ausbeutung und von der Knechtschaft des militaristischen Staates befreien wollen, wenn wir nicht den ewigen Krieg, sondern eine Gesellschaft des Friedens wollen, müssen wir uns in erster Linie von jenen Leuten, die uns bei jeder Gelegenheit verraten und verkaufen, die unsere Interessen an die Kapitalisten und den Staat ausliefern, befreien!

Wenn wir die Ketten der Tyrannei brechen wollen, müssen wir zuerst die Leute beseitigen, die uns in neue Ketten legen wollen. Zum Teufel mit der Disziplin des Kadavergehorsams, fort mit den Redereien von Verantwortung und Geschlossenheit! Jeder trage in sich das Bewusstsein der Solidarität!

Von den heutigen „Arbeitervertretern“ ist nichts mehr zu erwarten! Schließen wir uns selbst zu Gruppen des Kampfes zusammen! Die Gruppen mögen unter sich die Fragen des Tages besprechen, mit den Genossen der anderen Gruppen in Verbindung treten, so dass eine neue Organisation des Kampfes und der Befreiung entstehe.

Dieser Kampf ist nicht der letzte!

Rüsten wir uns zu neuen Kämpfen, die auf einer ganz anderen Grundlage geführt werden müssen. Für euch gibt es nur eine Parole:

Die soziale Revolution!

Die revolutionären Sozialisten Wiens³

1/ Rudolf Neck (Hrsg.), Arbeiterschaft und Staat im Ersten Weltkrieg 1914–1918. A. Quellen, I. Der Staat, Band 2 (1917–1918), Wien 1968, S. 193f. Hervorhebung im Original.

2/ Ebenda, S. 223f.

3/ Ebenda, S. 395f. Hervorhebungen im Original.

brechergesetzes – werden Fragen nach der Entwicklung der europäischen Strafjustiz bis in die Gegenwart behandelt; Karin Bruckmüller und Stefan Schumann sowie Anke Sembacher etwa gehen in ihren Beiträgen der Frage nach der Relevanz der Kriegsverbrechergesetze für die heutige Rechtsprechung nach.

Insgesamt legt das erste Kapitel somit den thematischen und rechtstheoretischen Unterbau für das zweite und umfangreichste Kapitel zu „NS-Verbrechen vor nationalen Gerichten im europäischen Kontext“. Nach dem Überblicksbeitrag von Claudia Kuretsidis-Haider zur justiziellen Ahndung von NS-Verbrechen in den jeweiligen nationalen Kontexten – also zu Prozessen neben oder nach den alliierten Prozessen in Nürnberg – gehen die einzelnen Beiträge den spezifischen Bedingungen und Umständen von Prozessen gegen NS-Täter und Kollaborateure in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, den böhmischen Ländern, Polen sowie Slowenien nach.

Das abschließende Kapitel schließlich wendet sich der Situation in Österreich zu, der Schwerpunkt liegt auf der Auseinandersetzung mit der Tätigkeit der Volksgerichte. In vier Beiträgen wird die Arbeit dieser Institutionen in Wien, Graz und Leoben, Linz sowie in Innsbruck analysiert und Unterschiede zwischen den Städten herausgearbeitet.

Schließlich werfen die Beiträge von Sabine Loitfellner zum „Schuld und Sühne Memorandum“ Simon Wiesenthals im Jahre 1966, der Aufsatz von Eva Holpfer zur Verhandlung von Deportationsverbrechen durch Geschworenengerichte in den 1960er Jahren sowie jener von Gabriele Pöschl zum ebenfalls in den 1960er Jahren stattgefunden habenden Geschworenprozess gegen Franz Murer Fragen nach dem Umgang mit NS-Verbrechen in Österreich nach dem Ende der unmittelbaren Nachkriegszeit auf.

SIMON LOIDL

Halbrainer, Heimo/Kuretsidis-Haider, Claudia (Hg.): *Kriegsverbrechen, NS-Gewaltverbrechen und die europäische Strafjustiz von Nürnberg bis Den Haag. Veröffentlichungen der Forschungsstelle Nachkriegsjustiz, Band 1. Graz: Clio – Verein für Geschichts- und Bildungsarbeit 2007, 316 S., 25.– Euro*

Der vorliegende Sammelband ist Ergebnis der Tagung „Genocide on Trial. Von den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag“, welche am 23. und 24. März 2006 in Graz auf Initiative des Instituts für österreichische Rechtsgeschichte und europäische Rechtsentwicklung der Karl-Franzens-Universität Graz,

der Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz sowie dem Institut für Zeitgeschichte der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck stattfand. Die Beiträge wurden für die Druckfassung hinzu und gliedern sich in drei Abteilungen. Der erste Teil – „Von Nürnberg bis Den Haag“ – geht der Geschichte der Ahndung von Genozidverbrechen sowie der Auseinandersetzung mit dieser justiziellen Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach. Neben der Frage des historischen Kontextes der Entstehung der entsprechenden Gesetze – etwa in Winfried R. Garschas Beitrag zur historischen Bedeutung des österreichischen Kriegsver-

www.klahrgesellschaft.at

- Sämtliche Beiträge aus den *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* der Jahrgänge 1994–2007.
- Übersicht über aktuelle und bisherige Veranstaltungen der Alfred Klahr Gesellschaft seit 1993.
- Beiträge und Bibliographien zur Geschichte der Kommunistischen Partei Österreichs.
- Publikationen des Verlages der Alfred Klahr Gesellschaft.

„Vergessener Büchelschreiber“

Der Arbeiterschriftsteller Franz Xaver Fleischhacker (1891–1976)

MANFRED MUGRAUER

Franz Xaver Fleischhacker gehört nicht zu jenen AutorInnen im Umfeld der Kommunistischen Partei Österreichs, die nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs infolge der kulturellen Frontstellungen des Kalten Krieges und aufgrund ihrer Parteizugehörigkeit aus der Traditionsbildung österreichischer Literatur ausgeschlossen blieben und erst heute – zumindest in Teilbereichen der literarischen und literaturwissenschaftlichen Öffentlichkeit – sukzessive „wieder entdeckt“ werden. Man denke an die Jura-Soyfer-Renaissance der letzten Jahrzehnte oder etwa an Marie Frischauf-Pappenheim und Fred Wander, die im Zuge einer intensiveren Beschäftigung mit der Literatur des Exils und Widerstandes ins „literarische Gedächtnis“ Österreichs zurückgeholt wurden. Fleischhacker hingegen blieb als Arbeiterschriftsteller ein Leben lang weitgehend unbemerkt von der literarischen Öffentlichkeit und geriet nach Veröffentlichung zweier historischer Romane im Wiener *Globus-Verlag* in den 1950er Jahren völlig in Vergessenheit.

Vom Kaisertreuen zum „Roten“

Franz Xaver Fleischhacker wurde am 19. Juni 1891 in Göstling im niederösterreichischen Bezirk Scheibbs geboren und verbrachte seine früheste Kindheit in Annaberg an der Mariazeller Bahn.¹ Als er fünf Jahre alt war, brannte die Mühle seines Vaters ab, worauf dieser auf der Suche nach einer neuen Existenz als Obermüller in Iglau (Mähren) zu arbeiten begann. Hier besuchte Fleischhacker – „in recht bescheidenen Verhältnissen lebend“ – die Volks- und Bürgerschule und absolvierte ein Jahr lang eine Lehre als Maschinenschlosser. Als 15-Jähriger rückte er 1906 freiwillig zur damaligen k.u.k. Kriegsmarine ein. Es folgten drei Jahre Maschinenjungenschule in Pola, danach diente er als Unteroffizier in verschiedenen Einheiten der Flotte, u.a. während des Ersten Weltkriegs auf einem Torpedobootzerstörer und dem Panzerkreuzer „St. Georg“. 1918 erlebte er in der Bucht von Cattaro den Aufstand der Matrosen, dem er sich Jahrzehnte später literarisch widmete.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Untergang der österreichisch-ungarischen Monarchie kehrte Fleisch-

hacker ins Zivilleben zurück und arbeitete in wechselnden Berufen, u.a. als Maschinist in einer Wiener Großgärtnerei. Nach der Schließung einer großen Wiener Maschinenfabrik folgten in der Zeit der Weltwirtschaftskrise Jahre der Arbeitslosigkeit bzw. Gelegenheitsarbeiten. Eine fixe Beschäftigung in einer Stadlauer



Franz Xaver Fleischhacker (1891–1976)

er Lederfabrik wurde 1934 nach den Februarkämpfen wieder von Arbeitslosigkeit abgelöst. Seine darauf folgende Anstellung beim Schiffpersonal des Strombauamtes verlor er nach dem Zweiten Weltkrieg, kurz darauf fand er Aufnahme bei der Gemeinde Wien, die ihn 1947 als Schiffsmeister pensionierte.

Literarische Ambitionen zeigte Fleischhacker schon als Schulbub mit dem Schreiben von „Indianerbüchel“, erste Veröffentlichungen folgten in seiner Militärzeit „mit der Schilderung maritimer Episoden, die von einem Provinzblatt veröffentlicht wurden“, ohne Honorarzahungen. Der Matrosenaufstand von Cattaro und ein Urlaub, der ihn mit Elend und Not im Hinterland konfrontierte, machten aus dem kaisertreuen Unteroffizier einen Sozialdemokraten, der nach Ausrufung der Republik der Volkswehr beitrug. In der Ersten Republik engagierte er sich in mehreren Organisationen der Partei als Funktionär und auch im *Republikanischen Schutzbund*, weshalb es in dieser Zeit literarisch „nur für

wenige, dem Arbeiterleben entnommene Piecen“ reichte. In den Jahren der Arbeitslosigkeit begann Fleischhacker, sich einer größeren schriftstellerischen Arbeit zu widmen: Dem niederösterreichischen Bauernaufstand der Jahre 1596/97, auf dessen Spur er durch ein altes Buch aus dem Nachlass seines 1928 verstorbenen Vaters geraten war. „Von dem Kampf entrechteten Volkes gegen zügellose Herrengewalt zu tiefst ergriffen, begann ich, auf historischen Quellen fußend, die Begebnisse in Form eines Romanes zu schildern“, so der Autor rückblickend über die Entstehung des Werks. Eigenen Angaben aus dem Jahr 1953 zufolge, unterbrachen die Jahre des Austrofaschismus und Hitlerfaschismus sein literarisches Schaffen vollständig, aus Dokumenten im Archiv des *Österreichischen Schriftstellerverbandes* geht jedoch hervor, dass Fleischhacker 1941 seine „von ihm in seiner Jugend gepflogene schriftstellerische Tätigkeit nunmehr nach langer Unterbrechung wieder aufgenommen“ habe und ihm von der Reichsschrifttumskammer ein Befreiungsschein „für das Angebot und die Veröffentlichung“ eines Werkes mit dem Titel „Blutende Heimat“ ausgestellt wurde.² 1946 gab er an, dass 1943 in einem Zeitungsverlag der „Schiffmannroman“ „Am Wasser“ erschienen sei.³ In den ersten Nachkriegsjahren veröffentlichte Fleischhacker wieder eine Anzahl von Feuilletons in der Parteipresse der SPÖ, u.a. in der *Arbeiter-Zeitung*, dem Zentralorgan der Partei.⁴ Auf Vermittlung von Professor Otto König wurde der Autor im Jänner 1946 Mitglied des 1945 neu geschaffenen *Verbandes demokratischer Schriftsteller und Journalisten*, dessen Nachfolgeorganisation, dem *Österreichischen Schriftstellerverband*, er bis zu seinem Tode angehörte.⁵

Die Bemühungen Fleischhackers, sein Romanmanuskript über den niederösterreichischen Bauernaufstand zu veröffentlichen, brachten den Sozialdemokraten in die Nähe der KPÖ: Auf abenteuerliche Weise hatte es die Zeit der faschistischen Diktaturen überlebt, „die meiste Zeit war es in Strohsäcken auf Schiffen versteckt“,⁶ wie Kurt Stimmer, zu dieser Zeit Journalist der *Volksstimme*, 1961 im einzigen bisher veröffentlichten Portrait über den Schriftsteller zu berichten wus-

ste. Nach der Befreiung versuchte der Autor, einen Verlag der SPÖ zur Herausgabe des Romans zu gewinnen. Zunächst wurde er – „trotz Zensorenlob“, wie Fleischhacker festhielt – jahrelang hingehalten. 1950 wurde das Werk vom sozialdemokratischen Verlagskonzern *Konzentration*, dem Zusammenschluss parteinaher Verlage und Buchhandlungen, zur Herausgabe übernommen.⁷ Dennoch konnte sich der u.a. auf volkstümliche Geschichtsdarstellungen spezialisierte⁸ *Danubia-Verlag* nicht dazu entschließen, es auch zu publizieren, und gab das Manuskript wieder frei. Im April 1952 schloss Fleischhacker schließlich mit dem *Globus-Verlag* der KPÖ einen Vertrag über das Werk mit dem Arbeitstitel „Der Bauer vom Türnitztal“ ab,⁹ ein Jahr später – Ende September 1953 – erschien der Band mit dem Titel „Schwert in des Bauern Hand“.¹⁰

Eigenen Angaben zufolge wurde Fleischhacker durch den Umstand, dass sein Roman nicht von einem Verlag der SPÖ, sondern letztlich vom kommunistischen *Globus* herausgebracht wurde, angeregt, „sich mit Politik und Ideologie der Kommunisten zu befassen“, was schließlich in seinem Beitritt zur KPÖ gipfelte. Ausschlaggebend sei auch gewesen, dass es dem Autor als SPÖ-Mitglied nicht gestattet wurde, in Versammlungen der KPÖ aus seinem Werk vorzulesen. Da Fleischhacker jedoch, um seinen Roman in der Arbeiterschaft bekannt zu machen, „in einigen Betrieben Vorlesungen“ hielt – so zum Beispiel am 14. April 1954 vor einer Gruppe von Bücherfreunden des Voith-Werkes in St. Pölten,¹¹ einem USIA-Betrieb –, trat er 1955 zur KPÖ über.

„Schwert In des Bauern Hand“

Über die genauen Gründe der Ablehnung des Manuskripts durch die SPÖ ist nichts bekannt. Fleischhacker selbst spielte auf politische Faktoren an, indem er auf das Aufrücken der Parteien hinwies, gegenüber jener Zeit, als noch „aufrechte Sozialisten vom alten Schlag in den Redaktionen saßen“, was auch ihm einige Veröffentlichungen in der Parteipresse erlaubte. Auch der Leiter des *Globus*-Buchverlags interpretierte die Ablehnung des Romanmanuskripts durch die *Konzentration* als politisch motiviert: „[...] er ist den Herren viel zu klassenkämpferisch, zu revolutionär, und stört ihr politisches Konzept“, so Alois Rottensteiner, der vor diesem Hintergrund in einem die Verlagsgutachten zusammenfassenden

Papier über den Roman des „bisher als Autor wenig bekannten alten sozialdemokratischen Arbeiters“ schlussfolgerte: „Um so besser paßt es für uns.“¹²

Beide Lektoren, Arthur West und Hans Eberhard Goldschmidt, formulierten in ihren Gutachten¹³ künstlerische Einwände gegen das Manuskript: Sprachlich sei eine gründliche Überarbeitung notwendig, jedoch würde eine solche dem Verlag nicht mehr Aufwand abverlangen, „als viele andere von uns redigierte Bücher dies getan haben“, so West. Auch Goldschmidt befürwortete eine „gründliche Bearbeitung“ und „stellenweise Umarbeitung“ des „zweifello[s] [...] verdienstvollen Werkes“ durch den Verlag, um vor dem Hintergrund der „allzu archaisierenden“ Sprache eine „gute Lesbarkeit“ sicherzustellen. Einig waren sich die beiden Lektoren auch, dass der Schluss des Romans geändert werden müsse. Der revolutionäre Kampf dürfe „nicht in eine stumpfe Idylle münden“, so West, sondern müsse „gewissermaßen ‚mit historischer Perspektive ausgestattet‘ werden, indem sein Hauptvertreter das Rachegericht überlebt, aus den bisherigen Kämpfen die Lehren zieht und neuen – eines fernen Tages erfolgreichen – entgegengeht“. Der „einigermaßen idealistische, etwas zu individuell gehaltene Schluß“ müsse „unter Beibehaltung der durch die Romanform gegebenen individuellen Lösung doch allgemeine Bedeutung und Perspektive erhalten“, griff Verlagsleiter Rottensteiner diese Vorschläge in seinem – wohl an die Verlagskommission der KPÖ gerichteten Exposé – auf. In voller Länge zitiert seien jedoch auch jene Sätze Arthur Wests, mit denen er in seinem Gutachten die Vorzüge des Romans umschrieb: „Fleischhacker hat ein meiner Meinung nach wirklich packendes Buch zustande gebracht, das aus einer Fülle von Material wuchtig und unmittelbar stets das Kennzeichnende heraushebt und ein ungemain buntes, lebendiges, durchblutetes Bild von Menschen und Verhältnissen zeichnet. [...] Das historische Material ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, geschickt und organisch in die wohlgeschürzte Handlung eingefügt, hält sie nicht auf, sondern hilft ihr weiter.“

Im Verlagsgutachten von West wurde besonders die Stoffwahl des Autors hervorgehoben, die den politischen Intentionen der Partei entgegen kam: Die Bauernkriege waren bis zu diesem Zeitpunkt weder geschichtswissenschaftlich auf größeres Interesse gestoßen, noch literarisch gestaltet worden. „Begrüßenswert



Holzschnitt von Axel Leskoschek in „Schwert in des Bauern Hand“ (1953).

ist die Behandlung dieses Themas nicht zuletzt auch deshalb, weil die Unterstreichung der revolutionären Traditionen der Bauernschaft den Kampf unserer Partei wirksam zu fördern imstande ist – sowohl was das Verständnis der Arbeiterschaft betrifft, wie auch innerhalb der Bauernschaft selbst“, argumentierte West. In den Nachkriegsjahren hatte in Politik und Programmatik der KPÖ die Forderung nach einer demokratischen Bodenreform – nach Enteignung des Großgrundbesitzes und dessen Aufteilung an Landarbeiter und Kleinbauern – eine zentrale Rolle gespielt,¹⁴ im Frühjahr 1950 – knappe zwei Jahre, bevor Fleischhacker mit dem *Globus-Verlag* seinen Vertrag abschloss – war auf Initiative der KPÖ, jedoch auf überparteilicher Basis, der *Bund der Kleinen Landwirte* zur Entwicklung einer systematischen Bauernpolitik gegründet worden.¹⁵

Neben dieser allgemeinen politischen Zweckmäßigkeit lag der Roman Fleischhackers jedoch auch ganz auf der Linie der KPÖ und ihres Verlags, zur Stärkung des österreichischen Nationalbewusstseins der geschichtlichen Entwicklung des Landes große Aufmerksamkeit zuzuwenden. „Schwert in des Bauern Hand“ war 1953 in der Tat der erste „historische Roman“ im *Globus-Verlag*, dessen Handlung „auf dem Boden unserer engeren Heimat spielt“,¹⁶ womit dieser „ein langgehegtes Vorhaben“¹⁷ realisieren konnte. Zudem stellt das Werk auf knapp 350 Seiten die erste literarische Gestaltung des niederösterreichischen Bauernaufstands dar, die erste geschichtswissenschaftliche Beschäftigung mit der Erhebung von 1596/97 folgte erst im Jahr 1972.¹⁸ Die in „Schwert in des Bauern Hand“ abgehandelte Rebellion gegen die geistlichen und weltlichen Grundherren erfasste 1596/97 das Viertel über dem Manhartsberg, zwischen Amstetten, dem Traisen- und dem Türnitztal. Vor St. Pölten kam die Massenerhebung schließlich zum Scheitern, die kaiserlichen Truppen übten blutige Vergeltung.

Die im Umfeld der KPÖ verfassten Kritiken lobten den als „homo novus in die österreichische Literatur“¹⁹ eintretenden Fleischhacker vor allem als Autor dieses Kapitels bisher ungeschriebener österreichischer Geschichte: Während Michael Gaißmayer und Stefan Fadinger und die Ereignisse in Tirol und Oberösterreich durchaus geläufig seien, sei das Wirken des Haager Bundes gegen Adel und Klerus bisher weitgehend unbekannt geblieben.²⁰ Mit seinem Romanerstling habe der 62-Jährige – so die Mitgliederzeitschrift der *Buchgemeinde* – nunmehr unter Beweis gestellt, dass er berechtigt sei, „in den Reihen der österreichischen Dichter und Schriftsteller der Gegenwart seinen Platz einzunehmen“.²¹ Beachtung fand das Buch auch aufgrund der zahlreichen die Handlung illustrierenden Holzschnitte des kommunistischen Künstlers Axl Leskoschek.

3.500 Exemplare der ersten Auflage gelangten in einer Verlagsausgabe in den Buchhandel, darüber hinaus gingen 2.000 an die kommunistische Buchgemeinschaft *Buchgemeinde*. Im Dezember 1954 folgte eine zweite *Globus*-Auflage mit 4.000 Exemplaren.²² Noch größere Verbreitung fand „Schwert in des Bauern Hand“ als Fortsetzungsroman in der kommunistischen Wochenzeitung *Die Woche*²³ und in der Zeitschrift des *Bundes der Kleinen Landwirte*,²⁴ die auch seine Erzählung „Der Tatzelwurm“ zum Abdruck brachte.²⁵ Vereinbarungsgemäß gingen 50 Prozent des Honorars für die Nachdrucke an den Autor. Pikanterweise hatte auch *Die Woche*, der Fleischhacker sein Manuskript angeboten hatte, „so um 1949 herum“ den Abdruck des Romans in Fortsetzungen abgelehnt.²⁶ Als 1959 die noch lagernden 1.700 Exemplare der zweiten Auflage in einer Sonderaktion um 10,- anstelle des bisherigen Verkaufspreises von 50,- ÖS pro Stück verramscht wurden, woraus auch kein Autorenhonorar mehr beglichen werden konnte,²⁷ stimmte Fleischhacker diesem Schritt widerspruchslos zu: „Gegen Abverkauf von ‚Schwert‘ ist kein vernünftiger Einspruch möglich, daher geschehe, was geschehen muß“, teilte der Autor per Postkarte mit.²⁸

Die Matrosen von Cattaro

Bereits während der „Wartezeit zwischen Einreichung und Ablehnung des Bauernromans“ begann Fleischhacker, sich mit dem Matrosenaufstand von Cattaro im Februar 1918 zu beschäftigen, den er selbst mehr als 30 Jahre zuvor miterlebt hatte. Aus der Korrespondenz

des *Globus-Verlags* mit Fleischhacker geht hervor, dass der Autor zunächst beabsichtigte, den geplanten Roman über dieses Thema bereits im Herbst 1953 vorzulegen.²⁹ Im Jahr darauf – also noch vor seinem Beitritt zur KPÖ – äußerte sich Fleischhacker lobend über die „gute Zusammenarbeit“ mit dem Verlag,³⁰ der wiederum den sich von der SPÖ entfernenden Schriftsteller – zur Unterstützung seiner Rechercharbeiten – auf eine Arbeit von KPÖ-Sekretär Friedl Fűrberg über die ideologische Entwicklung der Sozialdemokratie im theoretischen Organ der KPÖ aufmerksam machte.³¹

Als Jahre später, im April 1957, der Verlagsvertrag über den Roman zustande kam, fand ein erneut nicht unproblematischer Entstehungsprozess seinen Abschluss: Im Frühjahr 1956 war nach Vorlage des Manuskripts durch den Autor festgelegt worden, dass es in der vorliegenden Form zwar nicht zur Herausgabe angenommen werden könne, Verlagslektor Arthur West wurde jedoch mit der Be- und Umarbeitung im Einvernehmen mit dem Autor beauftragt, damit „dieses Manuskript eine akzeptable Gestalt erhält“. Festgelegt wurde, dass die Mitautorenschaft von West nach außen hin nicht in Erscheinung treten werde.³² Vor dem Hintergrund der dem Verlag dadurch erwachsenen Mehrkosten wurde Fleischhacker nur eine Beteiligung von fünf Prozent an den ersten 5.000 Exemplaren und von 7,5 Prozent an allen weiteren vertraglich zugesichert.³³ Bei seinem Romanerstling hatte das Autorenhonorar noch – wie allgemein im *Globus* üblich – zehn Prozent betragen. Im Oktober 1957 kam schließlich Fleischhackers Roman „Cattaro“³⁴ in einer Auflage von 3.000 Exemplaren im *Globus-Verlag* heraus, weitere 1.000 Exemplare erschienen in einer Ausgabe für die *Buchgemeinde*.³⁵ Übersetzungen wurden 1959 in Prag und Belgrad verlegt – in den Hauptstädten ehemals unterdrückter Nationalitäten der Habsburgermonarchie, gegen die sich die Matrosen im Februar 1918 aufgelehnt hatten.³⁶ 1968 folgte eine slowenische Ausgabe.³⁷

Der Aufstand der Matrosen von Cattaro, dem nach Pola wichtigsten Stützpunkt der k.u.k. Kriegsmarine, begann am 1. Februar 1918 mit einem Kanonenschuss von Bord des Panzerkreuzers „Sankt Georg“, auch unter dem Eindruck der Streikbewegung in den Zentren der Rüstungsindustrie im Jänner 1918. Auf den Schiffen des Kreuzergeschwaders wurde die rote Fahne gehisst, die Matrosenräte entsetzten die Offiziere ihrer Be-



Franz X. Fleischhacker: *Cattaro* (1957), Umschlag von Heinrich Sussmann

fehlgewalt und übergaben dem Kriegshafenkommando ein Memorandum mit ihren Forderungen nach Frieden und Demokratie. Doch die Matrosen blieben isoliert. Nach drei Tagen wurde die Revolte niedergeschlagen, 40 der gefangenen Matrosen kamen vor ein Standgericht, vier der Anführer wurden hingerichtet. „Ich selbst habe den Aufstand an Bord eines Torpedobootes mitgemacht“, schrieb Fleischhacker in einer Kurzpräsentation des 350 Seiten starken Romans, „seinen Sinn aber nur gefühlmäßig erfaßt. Es war daher nicht schwer, mich und meinesgleichen vor dem Karren der verfahrenen Militärmaschine zu halten. Erst die nachfolgenden Geschehnisse ließen mich die Zusammenhänge verstehen, brachten mich dazu, organisiert für meine Überzeugung, zu der ich mich nach langen inneren Kämpfen durchgerungen hatte, aufzutreten.“³⁸

Die Bedeutung von Fleischhackers *Cattaro*-Roman liegt gewiss erneut vor allem in der Wahl des Stoffes, indem er sich kaum bekannter Ereignisse aus der jüngeren Vergangenheit Österreichs annahm. Die wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem Thema begann erst Jahre später mit einer Studie des Leiters des *Österreichischen Ost- und Südosteuropa-Instituts* Richard Georg Plaschka.³⁹ Vor allem ist Fleischhackers Band als eines der wenigen literarischen Werke über revolutionäre Traditionen der österreichischen Arbeiterbewegung hervorzuheben. Sein Erscheinen im Oktober 1957 konnte auch als Beitrag des *Globus-Verlags* zum 40. Jahrestag der Oktoberrevolution ge-

wertet werden, der damit – so die Linzer *Neue Zeit*, die oberösterreichische Parteizeitung der KPÖ – „das goldene Buch der internationalen Arbeitbewegung durch eine neues Kapitel“ bereicherte.⁴⁰ Nicht überraschend wurde es vor diesem Hintergrund anderorts als „Roman rein kommunistischer Prägung“ abgetan.⁴¹

Fleischhackers Roman über den Matrosenaufstand von Cattaro war nicht die erste literarische Gestaltung dieser Ereignisse im Revolutionsjahr 1918: In den 1920er Jahren hatte der österreichische Publizist Bruno Frei, der 1934 von der Sozialdemokratie zur KPÖ übertrat, im Parteiverlag der SDAP einen dokumentarischen Bericht über die „roten Matrosen von Cattaro“ vorgelegt.⁴² 1930 wurde Friedrich Wolfs Drama „Die Matrosen von Cattaro“ an der Volksbühne Berlin uraufgeführt.⁴³ Die österreichische kommunistische Journalistin Eva Priester widmete 1955 – also zur Zeit der Entstehung von Fleischhackers Roman – dem Matrosenaufstand eine Erzählung mit dem Titel „Begegnung im Morgengrauen“, die ebenso im *Globus-Verlag* erschien.⁴⁴ Fleischhackers sowohl auf historischem Material als auch auf eigenem Erleben fußender Roman, der von seinem KPÖ-Schriftstellerkollegen Otto Horn als „epische Chronik der Ereignisse und ihrer Vorgeschichte“ charakterisiert wurde, ist jedoch die erste „breite epische Darstellung“⁴⁵ des Stoffes in deutscher Sprache. Als Bruno Frei Anfang der 1960er Jahre eine Neuauflage seines Berichts aus dem Jahr 1927 vorbereitete⁴⁶ und zu diesem Zweck mit Fleischhacker in Verbindung trat, zollte er dem Arbeiterschriftsteller Anerkennung dafür, wie tief sich dieser in Vorbereitung des „ausgezeichneten Romans“ in die Materie versenkt habe.⁴⁷

„Wir heben die Hämmer“

Nach dem Erscheinen seines zweiten Romans wurde es ruhig um Franz Xaver Fleischhacker. Er begann sogleich an einem weiteren historischen Roman zu arbeiten, einem Wiener „Arbeiterroman, der im Februar 1934 endet“, und Anfang der 1960er Jahre fertig im Manuskript vorlag. Kurt Stimmer berichtet zu diesem Zeitpunkt von einem weiteren Romanprojekt über den Silberbergbau von Annaberg, „den der Habsburgerstaat von 1752 bis 1810 in rücksichtslosem Raubbau betrieb“, und die „bitterste Not“ nach Stilllegung der Bergwerke.⁴⁸ Dieses Projekt scheint jedoch nicht realisiert worden zu sein. Der von Fleischhacker mit „Wir heben die Hämmer, wir drehen das Rad“ betitelt Roman über die Februarkämpfe

1934 wurde vom *Globus-Verlag* „nach ziemlich langem Hin und Her“, so Fleischhacker im Jahr 1974, abgelehnt. Eine mit „Feberroman“ beschriftete Produktionsmappe im Verlagsarchiv beinhaltet keinerlei Schriftstücke, was darauf schließen lässt, dass das Manuskript dem Autor ohne Anfertigung einer Abschrift zurückerstattet wurde. Ein Nachlass von Fleischhacker ist nicht bekannt, das Manuskript daher nicht auffindbar. Es ist durchaus wahrscheinlich, dass der dritte Roman des Arbeiterschriftstellers Fleischhacker, der erst spät zur KPÖ gestoßen war und sich der Herausforderung gestellt hatte, die Zuspitzung der Klassenkämpfe bis zur Erhebung der österreichischen ArbeiterInnen im Februar 1934 literarisch zu gestalten, angesichts der großen politischen Bedeutung der Februarkämpfe für die Parteigeschichte den Ansprüchen des Verlags nicht gerecht werden konnte. Zudem ist davon auszugehen, dass sich die Lektoren mit ähnlichen sprachlichen Problemen konfrontiert sahen, die bereits bei den beiden vorangegangenen Werken aufgetreten waren.

Veröffentlichungen von Franz Xaver Fleischhacker in der Parteipresse der KPÖ sind in den 1960er und 1970er Jahren, abgesehen von einer kurzen Buchbesprechung,⁴⁹ keine bekannt, was den Autor einigermaßen verbittert haben dürfte. Als der 1972 gegründete *Kommunistische Kulturkreis* (KKK) im Rahmen des *Volksstimme*-Festes im Jahr 1974 im Wiener Prater eine Ausstellung über österreichische kommunistische SchriftstellerInnen gestaltete⁵⁰ und zu diesem Zweck auch an Fleischhacker herantrat, wies dieser auch auf seine abgewiesenen „Kleinarbeiten“ hin: „Und so wie mit den großen Arbeiten erging es auch mit den Kurzgeschichten, Erzählungen und Feuilletons. Unsere Blätter brauchen sie nicht mehr.“ Ein eben von der *Volksstimme*-Redaktion abgelehntes Manuskript mit dem Titel „Der Weg nach Urch. Ein Report aus dem Nachbarland“ legte er bei. Zugleich wusste Fleischhacker zu berichten, dass ein Laibacher Verlag sich seines Februarromans annehmen werde, jedoch dürfte auch aus dieser Initiative keine Veröffentlichung resultiert sein.⁵¹

In einem persönlichen Schreiben beklagte sich Fleischhacker, dass er „nach Anfangserfolgen“ weder in den Betrieben, noch in den Parteiorganisationen „festen Fuß“ fassen habe können. „Seitdem ist mir das Erklimmen des gewünschten ‚Niveaus‘ gänzlich unmöglich geworden, und wen würde der Lebenslauf und das Konterfei eines alten vergessenen

Büchelschreibers interessieren, nachdem man ihn sowieso in die Versenkung fallen ließ“, reagierte der Autor auf die Bitte des KKK um die Übermittlung biographischer Daten.⁵² Im daraufhin übermittelten Lebenslauf erwähnte Fleischhacker abschließend, dass er sich aktuell vor allem mit seinem Enkelkind beschäftige. „Ansonsten glaube ich meiner Mitglieds-pflicht auf ordentliche Weise nachzukommen und [ich] werde es auch weiterhin so halten“, verwies der Schriftsteller zuletzt auf seine Treue zur Partei.

Zwei Jahre später, im April 1976, starb Franz Xaver Fleischhacker in Wien im Alter von 85 Jahren. Das Zentralorgan der KPÖ würdigte ihn in einem Nachruf als „Autor, der es wie nur ganz wenige verstanden hat, die Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung aus eigenem Erleben literarisch zu gestalten, an dieser Arbeit unablässig zu lernen und mutig alle Schlüsse aus seinen Erkenntnissen zu ziehen“.⁵³ Als Arthur West, in den 1950er Jahren der Verlagslektor Fleischhackers, Mitte der 1980er Jahre den Band „Linkes Wort für Österreich“ herausgab, nahm er einen Auszug aus dem Cattaro-Roman in diese repräsentative Sammlung fortschrittlichen literarischen Schaffens in Österreich auf,⁵⁴ womit der Arbeiterschriftsteller Fleischhacker, dessen Name in keinem Literaturlexikon steht, bleibend in die Literaturtradition der KPÖ eingeschrieben ist.

Anmerkungen:

1/ Alle im Text nicht näher ausgewiesenen biographischen Angaben stützen sich auf drei knappe von Fleischhacker verfasste Lebensläufe, zwei davon aus dem Archiv des *Globus-Verlags* (Zentrales Parteiarchiv der KPÖ [i.d.F. ZPA], Archiv des *Globus-Verlags*, Mappe „Franz Xaver Fleischhacker: Schwert in den Bauern Hand“, Lebenslauf, 28.7.1953, 1 S.; Mappe „Franz Xaver Fleischhacker: Cattaro“, Autobiographische Daten, o.D. [1957], 2 S.). Einen dritten Lebenslauf hat Fleischhacker 1974 für den *Kommunistischen Kulturkreis* verfasst (Kurznotizen aus einem ziemlich langen Leben, o.D. [1974], 2 S.). Ich danke DI Friederike Lerch, die mir dieses Dokument, sowie einen Brief des Autors an Karl Lerch zugänglich gemacht hat.

2/ Österreichischer Schriftstellerverband, Archiv des *Verbandes demokratischer Schriftsteller und Journalisten*, Reichsschrifttumskammer, Landesleitung Wien, Gruppe Schriftsteller, Betr.: Persönliche Stellungnahme des Landesleiters zum Aufnahmeantrag für die Reichsschrifttumskammer, 10.1.1941; Reichsschrifttumskammer, Berlin, Befreiungsschein, 18.3.1941. Ich danke Josef Zuzak und Gabriela Schreder für die Einsichtnahme in diese Dokumente.

- 3/ Ebd.; Verband demokratischer Schriftsteller und Journalisten Österreichs, Merkblatt, 19.1.1946.
- 4/ Nachweisbar ist u.a.: Tiere an Bord, in: *Arbeiter-Zeitung*, Nr. 298, 21.12.1952, S. 8.
- 5/ Österreichischer Schriftstellerverband, Archiv des *Verbandes demokratischer Schriftsteller und Journalisten*, Kartelkarte Franz Xaver Fleischhacker.
- 6/ Stimmer, Kurt: Ein Arbeiter schreibt für Arbeiter, in: *Volksstimme*, Nr. 157, 9.7.1961, S. 9–10.
- 7/ Vgl. ZPA, Archiv des *Globus-Verlags*, Mappe „Franz Xaver Fleischhacker: Schwert in des Bauern Hand“, Alois Rottensteiner: Franz Fleischhacker: Roman des niederösterreichischen Bauernaufstandes 1596–1597, o.D. [1952], S. 2. Auch die in Folge angeführten Dokumente aus dem ZPA liegen in dieser Mappe.
- 8/ Mitterböck, Ingrid: Buchmarkt und Verlagswesen in Wien während der Besatzungszeit 1945–1955, Bd. 2: Verlagsgeschichten und Verlagsproduktionen A–M. Dissertation Universität Wien 1992, S. 181.
- 9/ ZPA, Vertrag des Globus-Verlags mit Franz Xaver Fleischhacker über „Der Bauer vom Türrnitztal“, 10.4.1952.
- 10/ Fleischhacker, Franz Xaver: Schwert in des Bauern Hand. Historischer Roman aus Niederösterreich. Wien: Globus Verlag 1953.
- 11/ P.K.: Franz Xaver Fleischhacker, in: *Sankt Pöltner Nachrichten*, 6. Jg., Nr. 13, 1.5.1954, S. 9. Kurt Stimmer schreibt im genannten Beitrag, dass Fleischhacker bereits vor dem Februar 1934 „einige Monate lang [...] in Arbeiter-Lesezirkeln“ aus seinem Romanmanuskript vorlas.
- 12/ ZPA, Alois Rottensteiner: Franz Fleischhacker: Roman des niederösterreichischen Bauernaufstandes 1596–1597, o.D. [1952], S. 2.
- 13/ ZPA, [Hans Eberhard] Goldschmidt: Fleischhacker: Historischer Bauernroman, 20.2.1952; [Arthur] West: F. X. Fleischhacker: Bauernroman, o.D. [1952].
- 14/ Exemplarisch: Sofortprogramm zur Wiederaufrichtung Oesterreichs, hg. von der Kommunistischen Partei Oesterreichs. o.O. [Wien] o.J. [1945], S. 4; Mödlagl, Otto: Die Kommunisten fordern: Bodenreform im Burgenland, hg. von der Kommunistischen Partei Österreichs, Landesleitung Burgenland. Eisenstadt o.J. [1945]; Das Bauernhilfsprogramm der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien: Stern-Verlag 1949.
- 15/ Vgl. Der österreichische Bauer und sein Weg, hg. vom Bund der Kleinen Landwirte. o.O. [Wien] o.J. [1952], S. 19.
- 16/ Zehn Jahre Globus Verlag Wien. Wien: Globus-Verlag 1955, S. 12.
- 17/ Aus dem Herbstprogramm des Globus-Verlages: Von Oesterreichern über Oesterreich, in: *Der Abend*, Nr. 146, 27.6.1953, S. 5.
- 18/ Feigl, Helmuth: Der niederösterreichische Bauernaufstand 1596/97. Wien: Österreichischer Bundesverlag für Unterricht, Wissenschaft und Kunst 1972 (Militärhistorische Schriftenreihe, hg. vom Heeresgeschichtlichen Museum (Militärwissenschaftliches Institut), Heft 22).
- 19/ Traiskirchner, Alfred: Der niederösterreichische Bauernaufstand von 1596/97, in: *Tagebuch*, Nr. 25, 19.12.1953, S. 7.
- 20/ Brehm, Doris: Von neuen Büchern. Drei österreichische Autoren, in: *Der Abend*, Nr. 245, 22.10.1953, S. 5; Kauer, Edmund Th.: Ein Kapitel, das nicht in der Geschichte steht, in: *Österreichische Volksstimme*, Nr. 272, 22.11.1953, S. 11.
- 21/ Franz Xaver Fleischhacker, in: *Die Buchgemeinde*, 5. Jg., Heft 10, Oktober 1953, S. 149.
- 22/ ZPA, Verlagsbogen „Franz Xaver Fleischhacker: Schwert in des Bauern Hand“.
- 23/ Fleischhacker, Franz Xaver: Schwert in des Bauern Hand. Ein historischer Roman aus Niederösterreich, in: *Die Woche*, Nr. 42, 18.10.1953, S. 11–12, bis Nr. 9, 28.2.1954, S. 11–12.
- 24/ Fleischhacker, Franz Xaver: Schwert in des Bauern Hand. Ein historischer Roman aus Niederösterreich, in: *Der Kleine Landwirt*, Nr. 21, 17.10.1953, S. 8, in 51 Fortsetzungen erschienen bis Nr. 20, 1.10.1955, S. 8.
- 25/ Fleischhacker, [Franz] Xaver: Der Tatzelwurm, in: *Der Kleine Landwirt*, Nr. 19, 18.9.1954, S. 7.
- 26/ Vgl. ZPA, Brief von Franz Xaver Fleischhacker an den Globus-Verlag, Tibor Barta, 26.10.1953.
- 27/ ZPA, Globus-Verlag, Tibor Barta, an Franz Xaver Fleischhacker, 22.7.1959.
- 28/ ZPA, Franz Xaver Fleischhacker an Tibor Barta, 10.8.1959.
- 29/ ZPA, Archiv des *Globus-Verlags*, Mappe „Franz Xaver Fleischhacker: Cattaro“, Brief von Franz Xaver Fleischhacker an den Globus-Verlag, Tibor Barta, 28.7.1953. Auch die in Folge angeführten Dokumente aus dem ZPA liegen in dieser Mappe.
- 30/ ZPA, Franz Xaver Fleischhacker an den Globus-Verlag, 3.3.1954.
- 31/ ZPA, Globus-Verlag, Tibor Barta, an Franz Xaver Fleischhacker, 8.3.1954. Gemeint war Fürnberg, Friedl: Vom Austromarxismus zum Antikommunismus, in: *Weg und Ziel*, März 1954, Beilage.
- 32/ ZPA, Globus-Verlag, Johann F. Schmid und Tibor Barta, an Franz Xaver Fleischhacker, 18.5.1956.
- 33/ ZPA, Vertrag des Globus-Verlags mit Franz Xaver Fleischhacker über „Cattaro. Roman aus den letzten Tagen der österreichisch-ungarischen Flotte“, 15.4.1957.
- 34/ Fleischhacker, Franz Xaver: Cattaro. Roman aus den letzten Tagen der k.u.k. Kriegsmarine. Wien: Globus Verlag 1957.
- 35/ ZPA, Verlagsbogen „Franz Xaver Fleischhacker: Cattaro“.
- 36/ Fleischhacker, F. X.: Kotor. Praha: SNPL [Státní nakladatelství politické] 1959; Flajšhaker, F. K.: Krv u moru. Roman. Belgrad: Izdavačko Preduzeće „Rad“ 1959.
- 37/ Fleischhacker, Franz Xaver: Upor v Kotoru. Ljubljana: Mladinska knjiga 1968; „Cattaro“ – in slowenischer Sprache, in: *Volksstimme*, Nr. 125, 31.5.1968, S. 7.
- 38/ Fleischhacker, Franz X.: Cattaro. Von der Bucht bis zum Buch, in: *Die Buchgemeinde*, 9. Jg., Oktober 1957, S. 150–151, hier S. 151.
- 39/ Plaschka, Richard Georg: Cattaro – Prag. Revolte und Revolution. Kriegsmarine und Heer Österreich-Ungarns im Feuer der Aufstandsbewegungen vom 1. Februar und 28. Oktober 1918. Graz, Köln: Böhlau 1963 (Veröffentlichungen der Arbeitsgemeinschaft Ost, Bd. 3); siehe dazu auch: Plaschka, Richard Georg/Haselsteiner, Horst/Suppan, Arnold: Innere Front. Militärassistent, Widerstand und Umsturz in der Donaumonarchie 1918, Bd. 1: Zwischen Streik und Meuterei. Wien: Verlag für Geschichte und Politik 1974, S. 107–148.
- 40/ K.B.: Das Heldenlied von Cattaro, in: *Neue Zeit*, Nr. 255, 2.11.1957.
- 41/ Nagler, Heribert: [Rezension], in: *neue volksbildung. Buch und Bücherei, Neue Folge*, hg. vom Bundesministerium für Unterricht, 9. Jg., Heft 10/1958, S. 422.
- 42/ Frei, Bruno: Die roten Matrosen von Cattaro. Eine Episode aus dem Revolutionsjahr 1918. Wien: Verlag der Wiener Volksbuchhandlung 1927.
- 43/ Wolf, Friedrich: Die Matrosen von Cattaro. Stücktext/Dokumente zur Wirkungsgeschichte, hg. von Klaus Hammer. Leipzig: Verlag Philipp Reclam jun. 1988, S. 119–121.
- 44/ Priester, Eva: Vom Baume der Freiheit. Sechs historische Erzählungen. Wien: Globus Verlag 1955, S. 179–278.
- 45/ Horn, Otto: „Cattaro“. Ein österreichisches Buch über den Matrosenaufstand, in: *Neues Deutschland*, 10.5.1958.
- 46/ Frei, Bruno: Die Matrosen von Cattaro. Eine Episode aus dem Revolutionsjahr 1918. Berlin: Deutscher Militärverlag 1963 [auch Wien: Globus Verlag 1963].
- 47/ Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Nr. 20126/U9, Bruno Frei an Franz Xaver Fleischhacker, 1.2.1962.
- 48/ Stimmer (wie Anm. 6).
- 49/ Fleischhacker, Franz Xaver: Der Atlantik schweigt nicht [Rezension von Jürgen Lenz: Der Atlantik schweigt nicht], in: *Die Buchgemeinde*, 14. Jg., Nr. 7, Juli 1962, S. 106–107.
- 50/ Der Kommunistische Kulturkreis auf dem Volksstimme-Fest, in: *Volksstimme*, Nr. 208, 7.9.1974, S. 7.
- 51/ Im Katalog der slowenischen Nationalbibliothek ist kein entsprechender Titel nachweisbar (<http://cobiss2.izum.si/scripts/cobiss?ukaz=BASE&bno=50001&id=1327216585804928> [download 1.12.2007]).
- 52/ ZPA, Franz Xaver Fleischhacker an Karl Lerch, 9.4.1974.
- 53/ Franz X. Fleischhacker ist gestorben, in: *Volksstimme*, Nr. 93, 21.4.1976, S. 9.
- 54/ Fleischhacker, Franz X.: Cattaro – 1. Februar 1918. Romanauszug, in: Linkes Wort für Österreich. Ein literarisches Mosaik, hg. von Arthur West. Wien: Globus Verlag 1985, S. 33–36.

Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse?

Eine zweitägige Konferenz der Alfred Klahr Gesellschaft und des Bildungsvereins der KPÖ Steiermark beschäftigte sich mit der Militarisierung der Europäischen Union und ging der Frage nach ihrer Vereinbarkeit mit der österreichischen Neutralität nach.

Javier Solana, Beauftragter für die Sicherheitspolitik der Europäischen Union, hob bereits im Jahr 2000 hervor, dass die EU-Militärpolitik „mit Lichtgeschwindigkeit“ vorankomme. Seit Beginn 2007 läuft die Aufstellung der sogenannten „battle groups“ auf Hochtouren, mit dem aktuell diskutierten so genannten EU-„Reformvertrag“ soll diese Entwicklung in Richtung einer Verteidigungsgemeinschaft irreversibel gemacht werden. Der Beitritt Österreichs zur EU und NATO-Partnerschaft für den Frieden wiederum hat vor allem die Frage nach der Vereinbarkeit der österreichischen Sicherheits- und Militärpolitik mit der Neutralität aufgeworfen.

Zur Analyse dieser Entwicklungen fand am 28./29. September eine zweitägige Konferenz der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT und des Bildungsvereins der KPÖ Steiermark statt, wobei Graz als

Veranstaltungsort nicht zuletzt vor dem Hintergrund gewählt wurde, dass sich hier der Standort des Kommandos für Auslandseinsätze des österreichischen Bundesheeres befindet. Eröffnet wurde die Tagung mit einer gut besuchten Podiumsdiskussion in der „Gotischen Halle“ des Stadtmuseums, in deren Verlauf das ganze Spektrum aktuell diskutierter Auffassungen deutlich wurde: Universitätsprofessor Heinz Gärtner (*Österreichisches Institut für Internationale Politik*, Wien) dementierte in seinem Einleitungsstatement die Entwicklung der EU zu einem Militärbündnis und rückte die „neuen Herausforderungen“ – funktionsunfähige Staaten („failed states“), Kampf gegen den Terrorismus, humanitäre Hilfeleistungen usw. – in den Mittelpunkt. In diesem Sinne interpretierte er auch die 1992 formulierten, auf Interventionen „out of area“ abzielenden „Petersberger

Aufgaben“, zu deren Umsetzung nun die „battle groups“ eingerichtet worden seien. Die österreichische Neutralität habe sich zwar verändert, sich jedoch als flexibel genug erwiesen, sich den neuen Realitäten anzupassen.

Demgegenüber verwiesen Ernest Kaltenegger, Klubobmann der KPÖ im steiermärkischen Landtag, und Boris Lechthaler (*Werkstatt Frieden & Solidarität*, Linz) auf die im EU-Grundlagenvertrag formulierte Beistandsverpflichtung, sowie auf die systematische Aushöhlung und Demontage der Neutralität. Sie plädierten dafür, der österreichischen Neutralitätspolitik wieder Leben einzuhauchen. Österreich sollte seine Position als neutrales Land für aktive Friedenspolitik nutzen, so Kaltenegger. Beiden ging es darum, den allgemeinen gesellschaftlichen Hintergrund der Sicherheitspolitik – ökonomische Entwicklungen und Interessen, sowie sozialpolitische Fragen – stärker zu berücksichtigen. Die „soziale Frage“ sei wichtiger als eine hochgerüstete EU-Armee, stellte Kaltenegger die Haltung der KPÖ Steiermark klar. Konkret verwies Lechthaler in diesem Zusammenhang auf Entwicklungen am Kapitalmarkt und – am Beispiel der Eurofighter-Anschaffung und der Neutralitätsdebatte – auf den allgemeinen Umgang des politischen Establishments mit Versprechungen. Politische Vertrauenswürdigkeit sei jedoch eine zentrale Voraussetzung für eine echte, aktive Neutralitätspolitik, so Lechthaler. Bundesminister a.D. Erwin Lanc (*International Institute for Peace*, Wien) berichtete zunächst von Abrüstungsschritten in der Phase seiner Amtszeit in den 1980er Jahren. Im Anschluss daran stellte auch Lanc klar, dass die „Petersberger Aufgaben“, die 1992 – nach dem Ende des Kalten Kriegs – in einer „Phase der Überschätzung“ definiert worden seien, nicht als friedensbewahrende Maßnahmen interpretiert werden könnten.

Erich Reiter, bis 2006 Leiter des Büros für Sicherheitspolitik und Beauftragter für strategische Studien des Bundesministeriums für Landesverteidigung, lobte das „gute steirische Diskussionsklima“ bei der Veranstaltung in der „Gotischen Halle“, plädierte jedoch hinsichtlich der allgemeinen öffentlichen Auseinandersetzung über dieses Thema für mehr Of-

Neuerscheinungen der Reihe „Quellen & Studien“

Peter Goller: **Marx und Engels in der bürgerlichen Ideologie und in der sozialistischen Theorie. Gesammelte Studien.** Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2007 (Quellen & Studien, Sonderband 7), 336 S., 17.– Euro

Im vorliegenden Band wird die an den Universitäten knapp vor 1900 einsetzende Auseinandersetzung mit Marx und Engels beschrieben. In den sozialistischen, marxistischen Theorieorganen wurde diese bürgerliche Marx-Engels-Adaption scharfer Kritik unterzogen, so von Franz Mehring, Rosa Luxemburg oder von Georg Lukács. Dieser sozialistischen Kritik ist der zweite Teil des Bandes gewidmet.

Manfred Mugrauer (Hg.): **Öffentliches Eigentum – eine Frage von Gestern? 60 Jahre österreichische Verstaatlichungsgesetzgebung.** Wien: Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft 2007 (Quellen & Studien, Sonderband 8), 204 S., 10.– Euro



1946 beschloss der Nationalrat einstimmig das 1. Verstaatlichungsgesetz, mit dem die Schlüsselindustrien und Großbanken verstaatlicht wurden. 1947 folgte die gesamte Elektrizitätswirtschaft. Heute sind von den Verstaatlichungen nur noch marginale Reste in Form von ÖIAG-Beteiligungen an börsennotierten Unternehmen geblieben. Die Alfred Klahr Gesellschaft nahm den 60. Jahrestag des 1. Verstaatlichungsgesetzes zum Anlass, vor dem Hintergrund der seit 1987 währenden Reprivatisierungswelle die Aktualität von öffentlichem Eigentum in staatlicher und kommunaler Hand zu diskutieren. Der vorliegende Band vereint Statements und Referate dieser Konferenz mit weiteren Beiträgen und Dokumenten zum Thema.



Bestellungen an:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT, Drechslergasse 42, 1140 Wien
FAX: (+43-1) 982 10 86/18, klahr.gesellschaft@aon.at



Podiumsdiskussion am 28. September in der „Gotischen Halle“ (v.l.n.r.): Heinz Gärtner, Boris Lechthaler, Erwin Lanc, Erich Reiter, Ernest Kaltenegger. Symposium am 29. September im KPÖ-Bildungszentrum (v.l.n.r.): Franz Leidenmühler, Walther Leeb (Präsident der Alfred Klahr Gesellschaft), Franz Stephan Parteder (Landesvorsitzender der KPÖ Steiermark).

fenheit in der Diskussion: Natürlich gehe es bei den „battle groups“ auch im kriegerische Einsätze, natürlich sei die EU auf dem Weg zu einem Militärbündnis mit einer gemeinsamen Armee auf „supranationaler Ebene“, was mit der österreichischen Neutralität nicht vereinbar sei, stellte Reiter klar. Der Unterschied zu den Auffassungen der anderen Diskutanten sei, so Reiter, dass er diese Entwicklung begrüße, da die EU in einer „ungeordneten, schwer berechenbaren Welt“ eine positive Gestaltungsrolle in der Sicherheitspolitik wahrnehmen und mehr „Ordnungselemente“ hinein bringen müsse, wozu auch der Einsatz militärischer Mittel gehöre. Österreich sei wissend einer Verteidigungsunion beigetreten – was ein „wirklich Neutraler“ ohnehin nicht mache – und könne nun im internationalen Krisenmanagement eine wichtige Rolle spielen.

Die Frage Neutralität stand auch im Mittelpunkt des am Folgetag im KPÖ-Bildungszentrum im Volkshaus Graz durchgeführten Symposiums: Lechthaler forderte hier die Bezugnahme auf die Neutralität in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, beispielsweise bei der Forderung nach Durchsetzung einer Volksabstimmung über den EU-Reformvertrag. In diesem Zuge charakterisierte er auch die Eurofighter-Anschaffung als neutralitätswidrig, da über Gegengeschäfte der Aufbau eines europäischen militärischen Komplexes mit österreichischen Steuergeldern finanziert werde. Der Völkerrechtler Franz Leidenmühler (Universität Linz) plädierte hingegen dafür, weniger auf die Aushöhlung der Neutralität hinzuweisen, sondern aufzuzeigen, inwieweit Österreich noch neutral ist, um daraus politische Forderungen abzuleiten. So erblickte er auch im Zusatzartikel 23f, der in der österreichischen Bundesverfassung die Teilnahme an militärischen Einsätzen absichert, die Möglichkeit zu einer „kon-

struktiven Enthaltung“, die einen Beschluss EU-weit zu Fall bringen könne. Einigkeit herrschte jedoch darüber, dass die Ratifizierung des „Reformvertrages“ mit seiner Beistandsverpflichtung das Neutralitätsgesetz verdrängen würde. Insgesamt bestehe aktuell kein Bedrohungsszenario der EU durch andere Staaten, weshalb in Wahrheit kein Bedarf an einem Beistandsbündnis bestehe, so Leidenmühler. Ein solches Bündnis „ohne Not“ erzeuge in Wahrheit erst Unsicherheit, z.B. gegenüber Russland.

Gerald Oberansmayr (*Werkstatt Frieden & Solidarität*, Linz), Autor der 2004 erschienenen Studie „Auf dem Weg zur Supermacht. Die Militarisierung der Europäischen Union“, zeichnete die einzelnen Etappen der EU-Militarisierung nach und veranschaulichte die systematische Vertiefung des Prozesses auf fünf Ebenen: Jener der Eingreiftruppen („battle-group“-Konzept), der Waffensysteme (massive Aufrüstung), des Aufbaus eines militärisch-industriellen Komplexes, auf der Ebene eigenständiger Militäreinsätze der EU, sowie auf der rechtlich-politischen Ebene („Reformvertrag“). Manfred Sauer (*International Physicians for the Prevention of Nuclear War*, Wien) lieferte anhand eines historischen Überblicks eine Analyse der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nach dem EU-Beitritt.

Die sich daraus ergebenden Herausforderungen für die österreichische Friedensbewegung wurden zum Abschluss der Konferenz in den Referaten von Ulrike Koushan und Veronika Rochhart, sowie in zahlreichen Beiträgen aus dem Publikum erörtert. Koushan erinnerte an die Friedensbewegung der 1980er Jahre und kritisierte die Neudefinition der Neutralität durch fortgesetzten Neutralitätsbruch. Auf das im Einleitungsverfahren stecken gebliebene „Friedensvolksbegehren“ zurückkommend verwies sie auf ein aktuelles Projekt der

Werkstatt Frieden & Solidarität, sich in Briefen mit der Forderung nach einer Volksabstimmung über den „Reformvertrag“ an die Nationalratsabgeordneten zu wenden. Rochhart stellte abschließend die Ziele und Aktivitäten der 2001 als Personenkomitee konstituierten *Steirischen Friedensplattform* vor.

Das Symposium „Österreich auf dem Weg in Militärbündnisse?“ wurde am 20. Oktober in Wien, in der ehemaligen Kapelle des Alten AKH in leicht modifizierter Form wiederholt. Neben Gerald Oberansmayr und Manfred Sauer referierten Andreas Pecha (*Wiener Friedensbüro*) und Elke Renner (*Österreichischer Friedensrat*): Pecha skizzierte die Notwendigkeit einer aktiven Neutralitäts- und Friedenspolitik, Renner arbeitete den Zusammenhang von sozialer Frage und Aufrüstung, von neoliberaler Entwicklung der EU und ihrer Militarisierung heraus. Sämtliche Beiträge und Referate der beiden Veranstaltungen werden in einem in der Reihe „Quellen & Studien“ im *Verlag der Alfred Klahr Gesellschaft* erscheinenden Tagungsband nachzulesen sein.

MANFRED MUGRAUER

Keine Geschäfte mit der Spielsucht!

Tagtäglich wird eine Familie durch die Spielsucht ruiniert.

Was machen Sie, Frau Abgeordnete?

KPÖ

KPÖ Landtagsklub, Kirchweg 1, 8010 Graz, Tel. 03161 871-1194
Informations: <http://tagtaechlich.kpoe.steiermark.at>



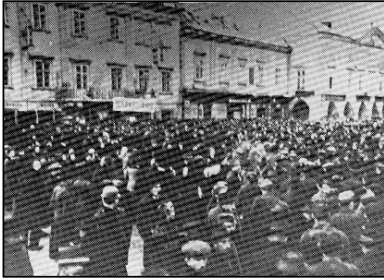
Alfred Klahr Gesellschaft

Verein zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung

Jänner 1918 – Österreichs Arbeiterschaft in Aufruhr

Hintergründe, Verlauf und Auswirkungen
einer revolutionären Streikaktion

Vortrag von Univ.-Prof. Dr. **Hans Hautmann**



Freitag, 18. Jänner 2008, 19.00

Café 7Stern 7★STERN
Siebensterngasse 31, 1070 Wien

Am 20. Jänner 1918 befanden sich in der österreichisch-ungarischen Monarchie 750.000 IndustriearbeiterInnen im Ausstand, um für die Beendigung des Krieges, für Frieden und Brot zu kämpfen. Es

war der größte Streik, den unser Land je erlebte, die bedeutendste Massenaktion der österreichischen Arbeiterklasse in ihrer gesamten Geschichte. In der Veranstaltung der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT zum 90. Jahrestag des Jännerstreiks werden seine Ursachen und Folgen dargelegt und Schlussfolgerungen für das heute wieder höchst notwendige Ingangsetzen von Arbeitskämpfen gegen die Zumutungen der Kapitalmächtigen gezogen.

Österreich – März 1938



Univ.-Prof. Dr. **Gerhard Botz**
(Institut für Zeitgeschichte,
Universität Wien):

Der „Anschluss“ und seine politischen und internationalen Ursachen und Wirkungen

Freitag, 14. März 2008, 19.00

ehemalige Kapelle, Altes AKH

Institut für Ethik und Recht in der Medizin, Spitalgasse 2–4/Hof 2
(Durchgang von Hof 1 zu Hof 2), 1090 Wien
(erreichbar mit den Linien 5, 33, 43, 44 Langegasse/Spitalgasse)

Dr. **Winfried R. Garscha**

(Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Forschungsstelle Nachkriegsjustiz):
Die Haltung der Arbeiterbewegung zum „Anschluss“

Mitteilungen der ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Herausgeber und Medieninhaber:

ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT

Präsident: Dr. Walther Leeb

Mitarbeiter dieser Ausgabe: Hans Hautmann,

Simon Loidl, Manfred Mugrauer

Grafik: Manfred Mugrauer

Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien

Tel.: (+43–1) 982 10 86

FAX: (+43–1) 982 10 86 DW 18

e–mail: klahr.gesellschaft@aon.at

Internet: www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S

P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

*Österreichische Liga für Menschenrechte
Zentrale österreichische
Forschungsstelle Nachkriegsjustiz*

**Symposium „Mit dem Tod
bestraft. Die Todesstrafe in
Österreich im 20. Jahrhundert“**

Donnerstag, **7. Februar 2008, 18.00**

Großer Schwurgerichtssaal des

Landesgerichts für Strafsachen

Landesgerichtstraße 11, 1080 Wien

Podiumsgespräch **„40 Jahre Abschaffung der Todesstrafe in Österreich“**

Univ.-Prof. Dr. Heinrich Neisser

Univ.-Prof. Dr. Manfred Nowak

Mag. Heinz Patzelt

Univ.-Prof. Dr. Martin F. Polaschek

Freitag, **8. Februar 2008, 9.00–18.00**

Bundesministerium für Justiz

Museumsstraße 7, 1070 Wien

Symposium

9.30–12.30, *Die Todesstrafe in Österreich vor 1945*: Referate von Univ.-

Prof. Dr. Hans Hautmann, Univ.-

Prof. Dr. Martin F. Polaschek,

Dr. Wolfgang Form

13.30–15.30, *Die Todesstrafe in Österreich nach 1945*: Drⁱⁿ. Claudia

Kuretsidis-Haider, Dr. Bernhard Sebl,

SC i. R. Dr. Roland Miklau

15.45–18.00, *Internationale Aspekte der Todesstrafe aus historischer und aktueller Sicht*: Dr. Winfried Garscha,

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Benedek

Anmeldung unter: office@liga.or.at,

kuretsidis@hotmail.com

Detaillierte Infos zum Programmablauf:

www.nachkriegsjustiz.at/aktuelles/todesstrafe_symposium08.php